

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Numer 8

(Salle S.), 19. Februar 1927

3. Jahrgang

## Ab- und Aufrüstung.

Coolidge Vorstoß — Genf und Washington — Ein unlösbares Problem — Frankreichs Ablehnung — Unterseeboote und Schlachtschiffe — Sonderkonferenz England, Amerika und Japan? — Ablehnung Frankreichs — Schlechte Aussichten für die Genfer Abrüstung — Amerikanische Drohungen — Die Rede Vanderveldes — Gefahrenmomente in China — Rußlands Hand im Spiel — Moskau und London — Veränderte englische Stellung zu Polen — Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen — Das Provisorium mit Frankreich — Der amerikanische Antidumpingzoll — Marx und Keudell — Der Reichsfinanzausgleich — Etatsdebatte.

Der Vorstoß des Präsidenten Coolidge konnte nur wegen der Wahl des Zeitpunktes überflüssig sein. Er ist zwar zu erwarten, da seine Voraussetzungen als gegeben ersehen werden können. Die Vereinigten Staaten haben auf dem Völkerbunde in Wettbewerb zu treten, aber sich damals erziele Zweifel darüber geäußert, ob man in Genf das Problem meistern würde. Diese Ungläubigkeit erlosch jedoch Keiner der Behauptungen durchaus berechtigt, sie ist jedoch durch den Gang der Ereignisse mehr als begründet worden. Was sich in Genf vor ungefähr 10 Monaten abgespielt hat, war geradezu eine Verhöhnung öffentlichen Friedenswillens. Mit Hilfe seiner Kollaboranten gelang es Frankreich, fast sämtliche Wünsche durchzusetzen und das bedeutete nichts anderes als eine restlose Sabotage. Deutschland, vertreten durch den Grafen Bernstorff und Oberst von Gildpnezel, blieb mit England und den Vereinigten Staaten dauernd in der Minderheit. Die beiden angelsächsischen Nationen sind sehr großzügig, groß, und das soll man offen ausprechen, sie selbst von einer Abrüstung zu Hande wenig betroffen werden. Wir können dieses kritische Urteil aus den Gauger Friedenskonferenzen zu Beginn des Jahrhunderts, wo man von einer besser Besatzungsergebnisse war, folgern, es sich um eine Armee handelte und jetzt jenseitigen Widerstand leistete, wenn die Seerüstungen in Frage kommen. Dieser Unterschied gilt noch heute.

Voraus es Frankreich ankam, war, seine eigenen Interessen durchzusetzen, was nicht nur die Zahl der Bevölkerung, sondern auch die industriellen und geographischen sowie finanziellen Möglichkeiten in Rechnung gestellt werden sollten. Die Gründe dieses Verhaltens liegen klar zutage. Mit seinen 40 Millionen kann Frankreich nur dann eine Militärmacht ersten Ranges bleiben, wenn man es als bedroht ansieht und ihm deshalb einen weiteren Spielraum gestattet, als ihm nach der Bevölkerungszahl zukäme. Die Sorgen um Genf sind jetzt völlig gelockert und man wird der neuen Konferenz, die sich unmittelbar an die Tagung des Völkerbundes anschließt, nur als ein Zwischenstück ansehen, das für die Entwicklung selbst unwesentlich ist.

In diesem Augenblick kam der Präsident der Vereinigten Staaten mit seinem Vorschlag heraus, eine neue Konferenz der 5 Seemächte nach Washington einzuberufen, um die Fragen der Seerüstung gemeinsam zu besprechen. Zugrunde liegen soll das schon einmal in früheren Debatten erwähnte Verhältnis von 5 zu 5 zu 3. Für Frankreich und Italien ist das zweifellos ungünstig, weil nur die Schiffsindeiten gegährt, nicht aber ihre Tonnenverdrängung und ihre Bewaffnung berechnet werden sollen. Da sich Frankreich auf Grund der deutschen Kriegesforderungen sehr stark auf Unterseeboote gelegt hat, kommt es dadurch ins Hintertreffen. Die angelsächsischen Mächte aber wollen gerade das. Sie sind schon in Folge ihrer Lage gewonnen, Großkampfschiffe zu bauen und wollen deshalb diese als Norm angesehen wissen.

Die Folge war klar, Frankreich lehnte sofort ab. Nach der deutschen Abrüstung kommt für eine wirkliche kriegerische Auseinandersetzung England in erster Linie in Frage. Darauf hat man sich in Paris eingerichtet, und sowohl Unterseeboote wie Flugzeuge gebaut. Eine Latzki, die nur dem Sinn hat, wenn man den schmalen Kanal als Kriegsschauplatz betrachtet. Auch die Güte, mit der Herr Brandt sein Nein ausgesprochen hat, ist bemerkenswert. Er mußte den anderen zuvorkommen, die man schwerer aufkommen können. Fäkte er geäußert, bis London und Lausanne offiziell die Einladung angenommen hätten, so wäre die Abrüstung noch lärmvoller gewesen. Es mag richtig sein, daß Coolidge bei seinem Vorgehen auch an die kommenden Wahlen gedacht hat, wie es ihm seine demokratischen Gegner vorwerfen, nur ist das gerade ein Beweis dafür, daß die Amerikaner der Abrüstung außerordentliches Interesse entgegenbringen. Somit hätte ein Wahlsieger keinen Sinn. Ueber die meisten Ereignisse haben New Yorker Blätter schon einiges gesagt, was voraussichtlich zutreffen wird. Der Präsident wird wohl zuerst den Versuch machen, eine Unterhandlung der drei Mächte, Amerika, England und Japan, vielleicht sogar unter Einschluß Italiens herbeizuführen, in der Erwartung, schließlich Frankreich doch noch zur Aufgabe seines Widerstandes zu veranlassen. Sollte ihm das gelingen,

so ist damit noch sehr wenig gewonnen, denn beide lateinischen Nationen, auch Italien, werden dort das Aushereite aufbieten, um mit ihren Anschauungen nicht in das Hintertreffen zu geraten. Ein Mißlingen aber hat zwei Folgen. Einmal wird sich der finanzielle Druck auf Paris verstärken, und man soll ihn bei den ungeheuren Nachschubmitteln der neuen Welt nicht gering einschätzen, er kann selbst den Frankensprung, damit das Ende der Poincaré'schen Herrschaft, bedeuten, sobald aber wird die Vorlage über den Bau neuer Kriegsschiffe, der dem Parlament bereits zugegangen ist, bestimmt unangenehm. Statt der Abrüstung haben wir also eine Aufrüstung.

Genau daselbe gilt von Genf, wo das Endergebnis nicht die Abrüstung, sondern mindestens die Abregung des jetzigen Standes sein wird, wahrscheinlich aber ein neues Wettrüsten. Der belgische Außenminister Vandervelde, einer der bestbemittelten Sozialisten der Welt, hat erst jetzt über dieses Problem gesprochen. Was er dabei gegen Deutschland gesagt hat, kann in diesem Zusammenhang unerwähnt bleiben. Vielmehr interessiert, daß er zugab, daß er, Deutschland könne die Abrüstung der anderen verlangen, nachdem es selbst durch die Erklärung der Rotdicksterkonferenz als abgerüstet bezeichnet worden ist, und daß sogar der ganze Völkerbundesvertrag hinfällig wird, wenn diese berechtigige Forderung nicht erfüllt wird. Trotzdem ließ er auch die andere Möglichkeit zu, daß Deutschland wieder eine zur Verteidigung ausreichende Zahl von Truppen schaffen könnte, wenn nämlich man sich nicht über die Abrüstung einigte. Das klingt pessimistisch genug und läßt den Rückschlag zu, daß selbst Vandervelde in tiefstem Herzen auch an neue Kriege glaubt.

Die Gefahr ist freilich nicht gering. Sobald man auf China sieht, kann man sich erster Befürchtungen nicht erschlagen. Wir haben an dieser Stelle schon vor Wochen darauf hingewiesen, daß hier eine gewaltige Bedrohung entsteht. Die Londoner Politik war nicht glücklich. Sie schwante zwischen Ja und Nein hin und her. Man wollte zwar an das neu erwachte Nationalbewußtsein der Chinesen Zugeständnisse machen, sie sich aber nicht abziehen lassen. So landete man zunächst Truppen und Kriegsschiffe, die nicht gerade beruhigend wirkten. Dabei beging Chamberlain noch persönlich den Fehler, eine Einigung über Hankau als Lastzahn dem Parlament mitzuteilen, während die in Wirklichkeit nicht erfolgte. Das Er-

gebnis scheint eine Annäherung von Nord- und Südchina und zwar unter japanischer Vermittlung. Auf die Dauer ist damit das Reich der Mitte für die Europäer verloren, denn diese Vorgänge werden niemals vergessen. Und wenn selbst das Gedächtnis der Götter des Himmels nachlassen sollte, werden die Russen schon für die Aufrüstung sorgen. Ihre Tätigkeit entzieht sich im allgemeinen der öffentlichen Kenntnis, muß aber als außerordentlich rührend angenommen werden. Ueberhaupt wird man die Bewegung in Asien nicht als eine ausschließlich nationalökonomische, sondern hart mit Bolschewismus durchsetzte, anzusehen haben. Das hier früher oder später ein bewaffneter Konflikt entsteht, kann man betriebe als sicher bezeichnen.

Das Wichtigste dabei ist das Verhältnis zwischen Moskau und London, die ja in einem sich dauernd verstärkenden Gegensatz zueinander geraten sind. Dieser Gegensatz, der durch Jahrzehnte bestanden hat, und nur mit Rücksicht auf die Unterhandlungen zwischen England und dem europäischen Kontinent zweifellos eines Tages ausbleiben wird, spüren ihn schon jetzt. Ursprünglich hat England dem neu erstichteten Polen eine ungeschminkte Ablehnung entgegengebracht, und es waren Londoner Blätter, die ganz offen erklärten, Deutschland solle sich seinen östlichen Nachbar nicht beunruhigen, er werde eines Tages doch wieder verschwinden. Das hat sich gründlich geändert. Zunächst haben die Engländer sich der baltischen Staaten etwas angenommen, und wie man mit Sicherheit sagen darf, das notwendige Geld für Befestigungen und Rüstungen gegeben. Deshalb auch die unfreundliche Haltung gegen Litauen, als dieses immer düstere Fäden nach Moskau spannte. Man war in Berlin schon vor einigen Monaten überzeugt, daß ein Versuchsballon in der östlichen Presse, wonach sich Litauens bemächtigen wolle, um dafür Danzig und den Korridor an Deutschland abzugeben, nicht Warshawer, sondern Londoner Jädrigkeit war. Zum anderten müssen wir uns dieser neuen Einstellung rechnen. England betreibt wieder seine alte Einfrostungs-politik, und zwar diesmal gegen die Sowjets. Es sieht Deutschland dabei als eine Figur auf seinem Schachbrett an und wird uns nur danach bewerten, ob wir gewillt sind, Ost- oder Westorientierung zu wählen. Schon beim Abschluß des Berliner Vertrages mit Tschißingheim haben wir ernste Bedenken geäußert, ob die Luther-Strejemann'sche Auffassung richtig war, daß wir um diese Orien-terung umkommen würden. Wir sind heute erst recht davon überzeugt, daß wir uns eines Tages in einer Zwischstufe befinden werden.

Gerade deshalb ist für uns das Verhältnis zu Polen von großer Bedeutung. Der gegenseitige Haß ist gewaltig und schlägt oft genug Flammen hoch empor. Eine innere Ausöhnung ist unmöglich. Das haben auch in Locarno die Westmächte anerkannt, als sie keinen Einspruch dagegen erhoben, daß wir lediglich auf eine ganzsame Wiedereroberung unserer verlorenen Gebiete verzichteten, den Anspruch selbst aber mit aller Schärfe aufrecht erhielten. Wäre Polen vertragstreu, so ließe sich ein modus vivendi wenigstens für einige Jahre finden. Jetzt aber haben die neuen Ausweisungen deutscher Industriebeamter gezeigt, daß man in Warshaw uns dauernd aufpassen will. Die Folge war ein Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen, der natürlich auch auf die politischen Beziehungen abfiel.

Diese Handelsvertragsfrage steht für uns zur Zeit im Vordergrund. Noch in dieser Woche muß eine Vereinbarung mit Frankreich erfolgen, da das im August 1926 abgeschlossene Provisorium am 20. Februar abläuft. Die Schwierigkeiten liegen in der Forderung, den französischen Weinen einen ermäßigten Zoll zu gewähren. Dieses Verlangen ist deshalb so bedenklich, weil der deutsche Weinbau an und für sich fast ruiniert ist, und den Winger nur durch finanzielle Hilfe vorübergehend gehalten werden konnte. Ein Handelskrieg oder auch nur eine Unterbrechung der Vertragsbeziehungen ist für beide Seiten schwer zu ertragen. Dazu kommt noch ein Konflikt mit Nordamerika wegen des Antidumpingzolls auf deutschen Eisen. Sehr ruhig sind die Aussichten also nicht.

In der inneren Politik stehen jetzt die Finanzfragen im Vordergrund, nachdem die Angelegenheit von Keudell mehr scheidet als recht erledigt worden ist und der Reichsbankier Marx gezeigt hat, daß man sich nicht einmal auf seine Rechtsauffassungen verlassen kann. Seine Rede hat in dieser Beziehung selbst einen erheblichen Teil seiner Parteilichkeit enttäuscht. Mit der Etatsdebatte des neuen Finanzministers Koerber beginnt der Kampf um den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern. Bayern erhebt bereits Widerpruch gegen die Absichten, die Koerber unter Aufnahme Reichshölder'scher Pläne durchzuführen will. Ob das Kabinett dadurch gefährdet wird, läßt sich heute noch nicht sagen, aber angesichts der ganzen Wirtschaftslage kann es hier zu einer inneren scheidenden Krise kommen, deren Lösung noch in weiter Ferne liegt.

Richard Marx.

**Nichts kommt von selbst,**  
auch die Verbreitung unserer  
**Wochenschrift**  
muss erarbeitet werden.  
Werbet bei allen Gelegenheiten Lesel!  
Probefläche durch den Verlag  
Magdeburg, Breiterweg 139/140

gebnis scheint eine Annäherung von Nord- und Südchina und zwar unter japanischer Vermittlung. Auf die Dauer ist damit das Reich der Mitte für die Europäer verloren, denn diese Vorgänge werden niemals vergessen. Und wenn selbst das Gedächtnis der Götter des Himmels nachlassen sollte, werden die Russen schon für die Aufrüstung sorgen. Ihre Tätigkeit entzieht sich im allgemeinen der öffentlichen Kenntnis, muß aber als außerordentlich rührend angenommen werden. Ueberhaupt wird man die Bewegung in Asien nicht als eine ausschließlich nationalökonomische, sondern hart mit Bolschewismus durchsetzte, anzusehen haben. Das hier früher oder später ein bewaffneter Konflikt entsteht, kann man betriebe als sicher bezeichnen.

# Vorstandssitzung der Demokratischen Partei.

## Demokratische Oppositionsjele.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei trat am Sonntag im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, die vom Vorsitzenden des Vorstandes, Reichstagsabgeordneten Erelsen, eröffnet und geleitet wurde.

Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion R o s er stellte einen Bericht über die politische Entwicklung der letzten Wochen. Er wies in seiner Darstellung darauf hin, daß die Politik in der Koalition der Mitte für die demokratische Reichstagsfraktion überaus schwer und entfangungslos gewesen wäre. Große Enttäuschung sei auch über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei und über ihre Verantwortung entstanden. R o s er schilderte dann im einzelnen den Gang der Verhandlungen zur Regierungsbildung und betonte, daß auf dem Gebiete der Richtlinien nicht zu erreichen gewesen wäre, von Feststellungen Abstand zu nehmen, die hinsichtlich der Schulfrage für die Demokraten unerträglich seien. Die Demokraten ständen und stehen auf dem Standpunkt, daß die Deutschnationalen für eine Teilnahme an einer republikanischen Regierung nicht reif sind. Auf Grund eingehender Erklärungen haben sie sich in das Kabinett eingeschrieben. Wenn das auch noch zweifelhaft gewesen wäre, so ist es durch das Nachspiel vollkommen erwiesen und zwar durch die Rede Westfals und durch das Verhalten des Reichsministers des Innern von Kowell. Selbst für den Fall, daß die Demokraten mit den Deutschnationalen auf der Regierungsbank gesessen hätten, so wären sie angeht dieses Nachspiels gewonnen gewesen, die Regierung wieder zu verlassen. R o s er ging dann im einzelnen auf die Haltung des Herrn v. Kowell ein und unterstrich nochmals den Boykott im Falle Treßler, der erst kurze Zeit zurückliegt, und der von demokratischer Seite deshalb als besonders schwer angesehen würde, als gerade die Anhänger der Demokratischen Partei unter solchen Boykottbestrebungen und Boykottvorwürfen im Lande selbst schwer zu leiden haben. Dieser Fall Treßler ist noch nicht zu Ende, man kann ihn nicht auf sich berufen lassen.

Was nun die für die Zukunft einschlagende Oppositionspolitik der Demokraten betrifft, so sind sie durch nichts gebunden als durch ihr eigenes Verantwortungsg

gefühl, das allerdings größer sein wird, als es bei der deutschnationalen Opposition der Fall war. Die demokratische Fraktion hat jetzt der neuen Regierung das Mißtrauen aussprechen müssen; einer Regierung, der man innerlich mit äußerstem Mißtrauen gegenübersteht, muß auch äußerlich dieses Mißtrauen begründet werden.

R o s er sprach dann weiter über die innere Zusammenfassung der jetzigen Regierungskoalition und verwies auf die Gefahren, die in sozialpolitischer Hinsicht drohten. Weiterhin, so führte R o s er aus, sei es notwendig für die Demokraten, jetzt den Gedanken des gegliederten Einheitsstaates zu betonen. Im Jahre 1919 seien infolge der Zwangswirtschaft und der Fehler, die naturgemäß mit der Zwangswirtschaft verbunden waren, die Bestrebungen, die auf den Einheitsstaat zielen, nicht günstig gewesen, weil damals noch vielfach der Gedanke des Unitarismus mit dem Gedanken der Zentralisation verwechselt wurde. Inzwischen seien aber weite Wirtschaftstrends ebenfalls für die Überzeugung gekommen, daß nur durch den Gedanken des Einheitsstaates eine Nationalisierung des Staates herbeigeführt werden könne. Es sei z. B. ein großer Umlauf, daß in Deutschland 39 verschiedene höhere Sparkassen beständen. Das beruhe nicht auf einer Stammesgenart, sondern auf der Eigenfremdheit der betreffenden Referenten. Hinsichtlich der Finanzpolitik müßten die Demokraten eine großzügige Finanzpolitik auf weite Sicht treiben. Unter anderem können sie auf die Dauer nicht ein Budget von zwölf Milliarden Mark jährlich tragen. Die demokratische Reichstagsfraktion wird deshalb auch keine sinnlosen Anträge auf Geldbewilligung stellen, wie es die Deutschnationalen gewohnt haben, die Anträge über Anträge einbringen, um gleichzeitig über Steuerfiskalpolitik zu schimpfen.

Die Deutsche Demokratische Partei kann der eigenen Entwicklung der Dinge mit Ruhe und Fassung entgegensehen. Sie wird durch eine innere Erneuerung und eine stärkere Aktivität in der Opposition neue Kräfte gewinnen.

An den Bericht des Parteivorstandes schloß sich eine lebhafte und eingehende Aussprache an. Die Politik der Reichstagsfraktion fand die einstimmige Billigung des demokratischen Parteivorstandes.

## Das Problem der Gewerbesteuer.

### Demokratische Vorschläge.

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Regelung der Gewerbesteuer für das Jahr 1927 hat der demokratische Abgeordnete Falk im Hauptauschuß des Preussischen Landtags im wesentlichen folgende Ausführungen gemacht:

Er sei mit dem Finanzminister der Meinung, daß der Entwurf ein Ubergangsgesetz bedeute und deshalb nur die nöthigen Änderungen treffen solle und zwar nach der Richtung, besonders harte Bestimmungen zu mildern. Die Gewerbesteuer sei heute für weite Schichten der Gewerbe

treibenden zu einer zweiten Einkommensteuer geworden, wobei aber die sozialen Milderungen der Einkommensteuer nicht anwendbar seien. Dieser Zustand sei unhaltbar. Anzuerkennen seien die Vorschläge der Regierung, die Mieten und Pachten zinsfrei zu lassen und die Doppelbesteuerung des gewerblichen Grundbesitzes durch Gewerbesteuer und Grundsteuer zu beseitigen. Die Begründung der Spitzenorganisationen, für ihr Verlangen auf die Schuldensumme beim Ertrag abzusehen, seien für ihn nicht überzeugend. Man ermögliche dadurch eine Umgehung der Steuerpflicht in größtem Stil. Der Arbeitslohn sei aber gerade der Umfang, daß ja große Deutschnationalen vorlämen. Gerade infolgedessen seien die Zuschläge zur Ge

werbesteuern so hoch. Man könne allerdings keine Gesetze aufrecht erhalten, die auch ethische Menschen zu Überretungen veranlassen. Die hohen Gewerbesteuerhöhen seien nicht Schuld der Kommunen, sondern des Finanzausgleichs. Die Aufgaben und Lasten der Kommunen seien in einem unerhörten Ausmaß gegenüber der Fortschrittzeit gestiegen, besonders die Ausgaben für Wohlfahrt. Die Stadt Köln habe z. B. 1925 24 Millionen für Wohlfahrtsausgaben eingesetzt, denen ein Zehntel von 31 gegenüberliege. Die Ursache hierfür seien die Nachwirkungen des Auftriebes. Im Dezember seien in Köln 65 000 Erwerbslose, gleichfalls 10 Prozent der Gesamtbevölkerung vorhanden gewesen. Wie die Gewerbesteuer gestiegen sei, zeigten folgende Zahlen: 1908 bis 1917 hätten die Gewerbesteuerpflichtigen in Köln bis zu einem veranlagten Gewerbesteuerertrag von 3500 RM. 1,35 Prozent an Gewerbesteuer gezahlt, heute 3 Prozent. Ein Gewerbesteuerpflichtiger mit einem Ertrage von 200 000 RM. habe in den Jahren 1908 bis 1917 2,56 Prozent gezahlt, heute dagegen 10,34 Prozent. Wenn die Erwerbslosenfrage entsprechend den Darlegungen des Regierungsvertreters nur geregelt würde, werde freilich eine erhebliche Entlastung der Kommunen eintreten.

Bei der Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfes müßte man aber mit der Möglichkeit rechnen, daß der Reichsgesetzgeber anders beschließt, als man für wünschenswert halte. Aber auch dann könnten bei einer Lockerung der Wirtschaftslage die Kommunen auf einen Teil der Gewerbesteuer verzichten. Denn Hand in Hand mit der Hebung der Wirtschaftslage geht eine Verminderung des Hauptausgabenpostens im kommunalen Haushalt, nämlich dem für Wohlfahrtszwecke. Es sei angebracht, die unsicheren Gestaltung der Reichsgesetzgebung nicht möglich heute alle Gewerbesteuerpflichtigen in demselben Maße zu berücksichtigen. Milderungen für Großindustrie, Großhandel und Großgewerbe könnten mit Rücksicht auf das Steuerbedürfnis der Kommunen über die mamentlich auf diesen Kreisen zugute kommenden Wohlthätigkeit der Regierung zur Zeit nicht eingeführt werden. Die großen Steuern durch ihre Steuerlastverhältnisse und Symbol in der gegenwärtigen Lage, die gestiegenen Möglichkeiten auf Realsteuerminderungen für sich in Anspruch zu nehmen, was der kleine Steuerpflichtige nicht könne. Außerdem förm für 1925 und zum Teil für 1926 die Großindustrie auf erhebliche Gewinne zurückzuführen, besonders im Kohlen-, Eisen- und Stahlwesen, in den Veredelungsunternehmungen, auch in einem Teil der Fertigungsindustrie und in der Metallindustrie. Am wichtigsten sei die Forderung, für die erwerbenden Mittelstand zu sorgen, um selbständigen Erwerbenden nach Möglichkeit zu erhalten. Die beiden Anträge seiner Partei gingen nach dieser Richtung. Der Antrag Nr. 20 sei entstanden aus dem demokratischen Antrag 4447. Dieser Antrag müßte jetzt in das Gesetz als Bestimmung herangezogen werden, daß diese Schichten in keiner Gemeinde höher als mit einem mäßigen Hundsteck ihrer Gemeindefiskus zur Gewerbesteuerbeiträge herangezogen würden. Der Antrag 20 spreche von physischen Personen, während der Antrag nur von eini

## Zum Gedenken Pestalozzis.

### Von Studentent M. Jäger.

17. Februar 1927. Hundertster Todestag Pestalozzis. Wer ist Pestalozzi? Darf man diese Frage stellen? Müßte nicht jeder Volksschüler genau über diesen Mann Bescheid wissen? Er hat doch keine Schule, die V o l k s s c h u l e, geschaffen, und damit die moderne Schule überhaupt, und mit ihr die Grundlage für die allgemeine Volksschule. Aber die meisten im deutschen Volk kennen nicht einmal den Namen, viel weniger die Bedeutung dieses Mannes. Johann Heinrich Pestalozzi wurde am 12. Januar 1746 in Brugg in der Schweiz geboren, und er ist das geworden, was die Menschheit auf seinem Grabstein in Brugg bezeugt:

Der Retter der Armen in Nendach,  
Prediger des Volkes in Yverdon und Gertrud,  
In Stanz Vater der Waisen,  
In Burgdorf und Mülhausen  
Gründer der Volksschule,  
In Yffertzen Erzieher der Menschheit.

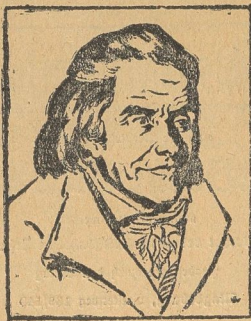
Obgleich Schweizer von Geburt, fühlt er sich wie Conrad Ferdinand Meyer, Gottfried Keller und andere große Schweizer mit der deutschen Kulturgemeinschaft verbunden, sieht Deutschland als sein Vaterland an. Er war die verkörperte Menschenliebe, eine Hollandsnatur, einer von jenen Schwärmern, die nichts für sich begehren und an anderen allein gönnen. „Alles für andere, für sich nichts!“ Diese soziale Einstellung war Erbgut von Großvaterseite her, dem alten Pfarrer in Yverdon, und von Vaters Seite her, der Arzt war, aber früh starb und die Erziehung des Jungen der Mutter allein überlassen mußte. Daher das Weiche, häufig Anenschloßene in seinem Charakter, aber auch die Fähigkeit, sich ganz in die Seele des Nächsten einzufühlen, ihn zu verstehen, ihn zu vergeben. Ein reifer Jannemann schon in der Jugend, aber nicht festig, daher der häufige Wechsel in seinen Studien, bis er schließlich Landwirt wurde, aber nicht, um einen Beruf zu haben, sondern um den Menschen zu helfen. Mit der schöpferischen Leidenschaft in Gottes freier Natur und in der frischen Luft wollte er die Kinder der Armen erziehen und unterrichten. Daher fauerte er in Brugg ein Gut und richtete dort 1774 eine Anstalt ein, in der er die Waisen der Umgebung sammelte, sie mit Stimmen und Weben beschäftigte und sie zugleich geistig ausbildete. Gest, Herz und Hand, das göttliche Dreieck der Erziehungsgründe, wird hier geschaffen. Aber Mangel an Organisationskenntnis, Unkenntnis der Kinder und Pädagogikwissenschaft der Eltern zwangen ihn 1780 zur Auflösung der Anstalt. Stillgelegt in der praktischen Betätigung, aber reich an Unterwicht und Erziehungsversuchungen, veröffentlichte er be

reits 1781 die „Abendstunden eines Einsiedlers“, in denen er seine Erziehungsgrundsätze darlegt. Dann folgte sein vollstimmiger Roman „Yverdon und Gertrud“, das Musterbeispiel für alle Volkserzähler.

In Burgdorf und später in Mülhausen gründete er schon wirkliche Schulen für die Kinder des Volkes, und 1805 eröffnete er eine Erziehungsanstalt in Yffertzen, die die Lehrerbildungsstätte für fast ganz Europa wurde. Überall, in Berlin, Moskau, Wien und Neapel, unterrichteten seine Schüler. Am 17. Februar schloß dieser große und einzigartige Schöpfer seine Augen für immer.

Nach ist die allgemeine Volksbildung nicht in alle Kreise hineingedrungen, aber welsch gemaltiger Unterricht besteht doch zwischen der Zeit vor hundert Jahren und

## Zum 100. Todestage des Erziehers der Erzieher



Johann Heinrich Pestalozzi  
Am 17. Februar 1827 starb in Brugg (Schweiz) der große Pädagoge Johann Heinrich Pestalozzi.

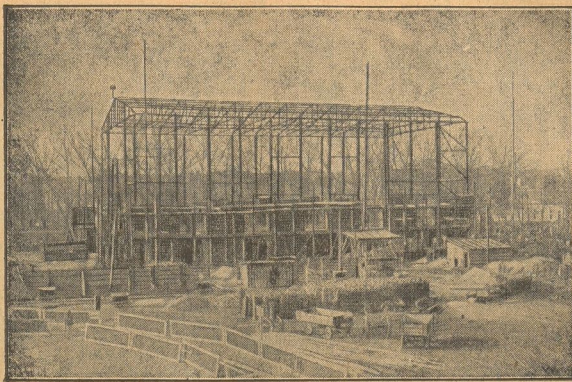
heute. Damals gab es keine Volksschule und daher eine blöde, ungebildete, geistig und sittlich verfallene Volksschule, Sklaven der Reichen und Mächtigen, so elend und arm, daß selbst auf Königsthronen Tränen des Mitleids bei der Lektüre des großen Sittengemäldes „Yverdon und Gertrud“ flossen. Man lese nur „Yverdon und Gertrud“, und man wird sehen, wie Eigenwert und Persönlichkeit, praktische Tüchtigkeit, sittliche Reife, sozialer Sinn, reli

giöses Verantwortlichkeitsgefühl und gwerfliches Geborgenheit in dem göttlichen Vater herangebildet werden. Aus der Familie des armen Mannes hat er die Volksschule hervorgehen lassen. Und diese Poesie wird der Mittelpunkt der Gemeinde Bönald. Und wie sieht diese Gemeinde aus? Eine Gemeindefratte gericht bei handelter und verarbeiteter Bürger, die Not mildert, der sozial und wirtschaftlich Schwachen untersteht und den Wohl aller im Auge hat. Und diese Kirche? Eine Einrichtung freiwilliger Tätigkeit, die praktisch in das Leben hineingeführt, möglich die Schäden aufweist und mit großer geistiger Befähigung zu ihrem Ziele macht. Und diese Staat? Der Republikaner Pestalozzi lebt da in der vollstimmigen Sprache, was der große Republikaner Kant so geleist im kategorischen Imperativ ausgedrückt und der große Republikaner Beethoven in jene an die tiefen Herzensgründe gebenden Töne gesprochen hat. Die freibleibliche Volksschule wird gefördert und in seine Grundgedanken unterstarkt. Ein wunderbarer Idealismus den nur deutscher Geist erfassen konnte, aber ein Idealismus, ohne den auch heute ein wirtschaftlicher und geistiger Aufschwung nicht zu erzielen ist. Unser heutiges Volk um unser Gegenwartsstaat haben alle Ursache, Pestalozzi zu gedenken; denn ohne ihn gäbe es keine sittlich wohlgegründete Familie als Erziehungsstätte gebildet, gerader und freierlicher Persönlichkeiten, ohne ihn keine praktisch gelebte, geistlich und sozial eingestellter Kirche, ohne ihn wäre der neue Staat unmöglich gewesen. Man lese nur seine Abhandlungen über Staat und Gesellschaft, über Eigentum, Arbeit, über Staat und Christentum, Recht und Freiheit und man wird wahre Perlen staatspolitischer Denkens und freibleiblichen Bürgerstums finden. Der verhältnismäßig wohlhabende Mann wird arm in der Bewirtschaftung seiner Pflanz.

Pestalozzi hat der Erziehungsarbeit über Ziel, We und Mittel so viel Anregungen gegeben, daß noch heute seine Forderungen nicht alle erfüllt sind, und wenn man verme, förmende Neuerungen auf pädagogischen Gebieten angegriffen werden, so hat er sie meistens schon alle angegeben und trübselig und unermüdet gezeigt und geübt. Wenn unsere Kinder heute als höchstes Gut des Vaterlandes angesehen werden, und wenn ihnen eine Erziehung verbrieft ist, die die besten inneren Kräfte in ihnen entwickelt, so vollwertigen Persönlichkeiten und Menschen mache will, die weltenselig mit allen anderen sind, ganz gleich ob reich oder arm, und deren Achtung nur von der eigenen Betätigung des Guten abhängt, so danken wir das nur dem großen Menschenfreund Pestalozzi.

Seiner heute zu gedenken ist deshalb Pflicht des deutschen Volkes und seines neuzeitlichen, freibleiblichen Volkstaates!

# Die werdende Theater-Ausstellung in Magdeburg



In wenigen Monaten werden die imposanten Bauten auf der neuen Ausstellung in Magdeburg fertiggestellt sein und der Zutrom der Fremden zum Glanz kommen. Unsere Photographie zeigt das Gerüst der großen Gebäude, das schon jetzt gegen den Winterhimmel ragt. In dieser Halle werden die großen Kongresse liegen, hier werden 4000 Personen sitzen. Die Stadterhaltung Magdeburg hat für den Ausbau allein 2,2 Millionen Mark bewilligt.

## Aus Parlamenten und Parteien

### Von der Fortführung des Mittellandkanals

Nach Freisetzungen sind im Reichstage Bestrebungen vorhanden, die angelich auch von der Reichsregierung gefördert werden, wonach der Plan der Vollendung des Mittellandkanals aufgegeben werden soll. Diese Meldungen haben begrifflich in allen beteiligten Kreisen große Erregung hervorgerufen. Der Magistrat hat sich infolgedessen sofort mit Eingaben an das Reichsverkehrsministerium und an den Reichstag gewandt, um die Gefahr abzuwenden. Gleichzeitig hat er mit der hiesigen Industrie und Handelskammer Fühlung gesucht und Verbindung mit dem Verein zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals aufgenommen. Auch von dieser Seite werden geeignete Abwehrmaßnahmen in die Wege geleitet.

Wie wir weiter erfahren, hat sich auch bereits das hiesige Oberpräsidium der Angelegenheit angenommen, desgleichen auch der Herr Landeshauptmann in einer eingehend begründeten Eingabe an den Reichsverkehrsminister den Protest der Provinzialverwaltung gegen denartige Pläne zum Ausdruck gebracht.

### Der Aufwertungsantrag der Demokraten.

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat nachstehenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverszüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den im Wege einer sofort veranschlagten Umtausch-Anleihe oder auf andere geeignete Weise die Mittelhöher von Reichsanleihen anstelle von Anleihebescheinigungen und Auslosungsscheinen in den Besitz eines Wertpapiers gesetzt werden, dessen Wert einer mindestens 12-prozentigen Aufwertung des ursprünglichen Betrages der in Anleihebescheinigungen umgetauschten Reichsanleihe entspricht und das laufend mit mindestens 5 Prozent jährlich verzinst wird.

Zu diesem Antrag wird uns geschrieben: Der Antrag bezweckt, die Pläne zur Durchführung zu bringen, die der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Reibold bezüglich einer Befreiung der Mittelhöher an Reichsanleihen gehabt und auch kurze Zeit vor seinem Rücktritt der Öffentlichkeit wenigstens im allgemeinen bekannt gegeben hat.

Dies Ziel dieser beabsichtigten Maßregelung des demokratischen Ministers war den Mittelhöher an Reichsanleihen eine nicht unerhebliche Befreiung gegenüber ihrer bisherigen Lage auf Grund des Anleihe-Ablösungsgeldes zu verschaffen. Dieses steht eine in 30 Jahren auslosbare Umtauschanleihe vor, die nicht regelmäßig verzinst wird sondern bei der Zinsen erst zum Zeitpunkt der Auslosung zur Auszahlung gelangen. Durch diese Tatsache ist der Wert des Umtauschpapiers, also der Anleihe-Ablösungsschuld, ein wesentlich geringerer geworden als die eigentlich beabsichtigte 12-prozentige Aufwertung. Die gegenwärtige Börsennotiz entspricht ungefähr einer Aufwertung von 8-9 Prozent.

Der Antrag der Demokratischen Reichstagsfraktion bezweckt nun, ebenso wie es Minister Reibold gewollt hat, auf dem Wege der Schaffung eines sofort mit mindestens 5 Prozent dauernd verzinslichen Wertpapiers, das den Besitzern von Anleihebescheinigungen zum Umtausch angeboten werden soll, diesen ein Wertpapier in die Hand zu geben, das den erstrebten 12-prozentigen Aufwertung entspricht.

Der Antrag läßt die Möglichkeit offen, daß die Regierung auch einen anderen Weg als den einer Umtauschanleihe wählt denn es kommt nicht so sehr auf den Modus an als darauf, daß tatsächlich die Mittelhöher von Reichsanleihen nennigste so schnell wie möglich in einen jederzeit verwertbaren Besitz der 12-prozentigen Aufwertungsquote gelangen.

Der Reichspostminister als Vorbild für den Reichsinnenminister. Schätzel's Haltung in kritischen Tagen.

Der Reichsinnenminister des Innern Dr. von Reudell hat in der 263. Sitzung des Reichstages auf die Angriffe des sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg ausgeführt,

ten Personen gekrophen habe. Er wolle damit auch jellhaften solcher Gewerbetreibenden schätzen. Die Geinden sollten aber auch eine gewisse Freiheit haben, schaid der Ausdruck „mäßig“ gewählt sei. Man werde zu kommen, daß man für solche Gewerbesteuerpflichtigen Satz auf 25 Prozent oder etwas höher normiere. Jollch ade es sein, den Gemeinden einen Satz von 25 oder aber 33 1/2 Prozent vorzuschreiben. Ein gewisser Spielraum müsse der Selbstverwaltung bleiben. Der Antrag vor Partei unterschiede sich grundtätzlich von dem der Kspartei; keine Partei wolle nur für die unteren Stufen des Mittelstandes Steuererleichterungen schaffen, der Antrag der Kspartei aber für alle Klassen; das sei, e vorher ausgeführt, zur Zeit nicht möglich. Der zweite notatistische Antrag Nr. 15 bezieht sich auf Handelsvertreter und hngewerbetreibende Steuererleichterungen vor. Dieser Antrag berücksichtigt die besondere Lage dieser Betriebe, schränkte sich aber auch hier auf das zulässige Maß und ermeide den Fehler des Antrages der Kspartei, dieselben Annahme auch Handelsvertreter mit einem gewerbesteuerpflichtigen Einkommen von 100 000 RM. und megreiße Steuerberechtigung erfahren würden. Die Freistellung der Konsumvereine lehne er ab.

Das Steuerland beruhe darauf, daß man drei Steuerträger habe: Reich, Staat und Gemeinden. Ebe man nicht in einiges Deutsches Reich habe und der Verlaufs an Ministerien, Behörden, Abgeordneten und Beamten bezieht sei, werde man nicht zu Steuergefahren kommen, die r die Wirtschaft erträglich seien.

Die beiden demokratischen Anträge haben folgenden Inhalt:

1. Für Handelsvertreter, die nicht mehr als drei Anstellte beschäftigen und für Wohnungsbetriebe (Zimmereier, Faktoren, Sausgewerbetreibende usw.), deren steuerpflichtiges Einkommen nicht mehr als 3600 RM. beträgt, ist die Hälfte der Gewerbesteuer niedersetzungen.
2. Gewerbesteuerpflichtige physische Personen, deren Einkommen nach ihrer Veranlagung zur Reichssteuer nicht mehr als 3600 RM. beträgt, sind zur Gewerbesteuer nicht höher als mit einem mäßigen Hundertsatz der sie treffenden Reichseinkommensteuer heranzuziehen.

## Marx und Reudell.

Ein zweiter erfolgloser Rettungsversuch.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt: Reichsminister Dr. Marx hat offenbar das Bedürfnis empfunden, seiner Reichstagsrede über den Fall des Reichsinnenministers des Innern von Reudell einen Kommentar hinzuzufügen. Die „Germania“ veröffentlicht deshalb eine Stellungnahme des Reichstanzlers zum Tode der Beamten. (Ihm Ansehen nach hat selbst in Zentrumskreisen die Stellungnahme des Reichstanzlers Beständen hervorgerufen. Das ist durchaus verständlich, denn gerade in den Tagen des Kampfes haben sich zahlreiche Beamte, die wir am Boden des Zentrums stehen, sehr energisch gegen die Kappragierung eingesetzt, und es ist auch verständlich, wenn diese Beamte, wie der Reichstanzler selbst sagt, aus ihren Ausführungen einen Tadel herausgehört haben, einen Tadel, der sich gerade gegen diejenigen richtet, die an Kappräten Widerstand geleistet haben.)

Reichstanzler Marx verfuhr in der Unterredung noch einmal die Reichstage darzustellen, damit Herr v. Reudell beiseite werden kann, daß er damals die Situation nicht erkannt hat und daß deshalb, wie der Kanzler selbst sagt, keine Handlungsweise „durchaus entschuldigbar“ gewesen sei. Dadurch, daß die Handlungsweise des Herrn von Reudell entschuldigbar werden muß, erkennt der Reichstanzler also erstens einmal selbst an, daß Herr von Reudell am mindestens objektive verfassungsmäßig gehandelt hat, ein Handeln bedarf einer Entschuldigung.

Der Reichstanzler führt nun aber weiter aus, daß Herr von Reudell damals die Situation nicht übersehen habe, und daß deshalb eine subjektive verfassungsmäßige Handlungsweise nicht vorgelegen habe. Hierin kann man dem Wladimir des Kanzlers nicht folgen. Von einem preussischen Landrat muß verlangt werden, daß er die Situation übersehen. Herr von Reudell hat sich ja auch nicht den Umständen spielen lassen, denn sonst hätte er sich nicht bei seiner vorgehenden Regierung in Frankfurt a. O. erkrankt. Der Landrat ist kein reiner Verwaltungsbekannter, er ist ein politischer Beamter. Landrat von Reudell hat als politischer Beamter verfaßt — um nun dafür das höchste politische Amt des Reichsinnenministers zu übernehmen. Was schon aus Anlaß der Reichstagsdebatte gesagt wurde, muß wiederholt werden: es handelt sich beim Fall des Herrn von Reudell nicht um einen Rechtsfall, sondern es handelt sich um eine politische Angelegenheit.

Man kann vielleicht nachträglich Entschuldigungsgründe finden und finden. Und man kann sagen, Herr von Reudell habe nur getarnt, was solche andere auch getan hätten. Reichstanzler Marx möge aber bedenken, daß es neben denjenigen, die damals nicht wußten, auf welche Seite sie sich stellen sollten, und daß es weiter neben denjenigen, die sich glatt ins Lager der Kappräten schlugen, auch Männer genug gegeben hat, die der Kappragierung Widerstand bis zum Letzten geleistet haben. Freilich, Herr von Reudell gehörte nicht dazu.

Die Haltung des Landrats von Reudell in den Kappräten wird auch durch die zweite Erklärung des Reichsinnenministers Marx nicht gerechtfertigt. Noch weniger gerechtfertigt ist aber seine Haltung im Falle Trescow und die Konsequenzen, die aus dieser Haltung gezogen werden müssen, dürften ja wohl in aller Kürze erkennbar werden.

## Bei unregelmäßiger Post-Bekleidung

beschwere man sich stets bei dem zuständigen Postamt, auch dann, wenn dem Leser unsere Zeitung durch den Verlag überwiegen wird.

daß er bei seiner vorgehenden Dienstbehörde, dem Herrn Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O., angefragt habe, ob die Anweisungen des Militärbefehlshabers, des Kommandeurs in Frankfurt a. O. und des Kommandanten im Kürtier im Kreise Königsberg-Staumark zu befolgen seien oder nicht. Er hat dem weiter die Plakate des Militärbefehlshabers im Kreise verteilt und im Kreisblatt Flugblätter der sogenannten Kappragierung beiliegengeben, Flugblätter, aus deren Inhalt ohne weiteres zu erkennen war, daß sie sich gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung und die preussische Staatsregierung richteten.

In erfreulichem Gegensatz zu dieser Haltung des jetzigen Verfassungsinministers steht die des Reichspostministers Dr. Schätzel. In der freigelegten öffentlichen Beamtenzeitschrift „Post und Telegraphie“ wird über Dr. Schätzel mitgeteilt:

„Von dem neuen Reichspostminister Dr. Schätzel wissen wir, daß er sich in entscheidenden Augenblicken treu zur Verfassung und zur Republik eingestellt hat. Das ist für ihn ein großes Plus. Man erzählt sich, daß, als feinerzeit in bewegten Tagen der bayerische Verkehrsbeamtenbund seinen Mitgliedern mitteilte, daß sie, obgleich Reichsbeamte, als Bayern aus Weisungen von der bayerischen Staatsregierung entgegenzunehmen müßten, Herr Dr. Schätzel den Leitern dieses Bundes erklärt habe, daß er nur nach den Weisungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung handeln werde. Damit war einem bayerischen Spatz zum großen Teil das Rebenslicht ausgeblieben. Als treu zur Verfassung und zur Republik stehend bringen wir dem neuen Reichspostminister auch als Mitglied einer Reichsregierung ein Stück Vertrauen entgegen, das sich je nach den Taten des Ministers vergrößern oder verkleinern wird.“

### Das preussische Polizei-Beamtengefecht.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ von unterrichteter Stelle erzählt ist dem preussischen Kabinett nennigste der endgültige Entwurf eines Polizei-Beamtengefechtes zugestimmt worden. Nach der Beschlußfassung der preussischen Staatsregierung, die in einigen Tagen zu erwarten ist und an deren zukünftigen Charakter sich Zweifel besteht, wird die Vorlage dem preussischen Staatsrat und alsdann dem preussischen Landtag zugestimmt werden.

Die Meldungen, die von einer bereits fertiggestellten Vorlage an den Staatsrat sprechen, eilen also den Tatsachen voraus. Ebenso ungenau ist auch eine durch die Fachblätter gegangene Mitteilung, wonach der Gesetzentwurf der Interparlamentarischen Militärkontrollkommission zur Prüfung vorgelegen habe. Es handelt sich vielmehr lediglich um Besprechungen und Fühlungnahme mit der J. M. K., um eine Einigung über die Auslegung der wählenden der Reichsregierung und der Reichsministerkonferenz vereinbarten Richtlinien zu erzielen, die im Zusammenhang mit dem ganzen Komplex der Entwurfungs- und Polizeifragen und ihrer Durchführung stehen.

### Die neue Fernsprecherordnung.

Der Verwaltungsrat der Reichspost hat sich nennigste zu einer auf absehbare Zeit entgültigen Regelung der Fernsprechartie durchgerungen. Entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung und des Unterausschusses wird die Grundgebühr mit ermäßigten Sätzen von acht bis drei Reichsmark wieder eingeführt werden und die Dreigesprächsgebühr soll einmahlig 10 3 betragen. Jeder Teilnehmer hat monatlich 20 bis 40 Ortsgespräche zu bezahlen. Im Fernverkehr werden die Gebühren auf Entfernungen von 15 bis 75 km von 45, 90 und 120 3 auf 40, 70 und 90 3 herabgesetzt. Diese Regelung stellt gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Reichspostverwaltung zweifellos eine gewisse Ermäßigung dar, die aber angesichts der insgesamt in Deutschland verteuerten Fernsprechkosten nicht als ausreichend angesehen werden kann. Geblieben ist die Teilung in Grundgebühr und Gesprächsgebühr, damit auch die Gesprächskontrolle und mit ihr eine Menge überflüssiger Arbeit und viel Gelegenheit zu unersprechlichen Auseinandersetzungen zwischen Leitern und Publikum. Die Dinge werden nicht eher eine den Bedürfnissen der Wirtschaft wirklich entsprechende Regelung finden, ehe sich nicht die Post entschließt, in großzügiger Weise den Grundsat, großer Umfah — kleiner Nutzen in der

Tarifgebahrung zum Ausdruck zu bringen. Jetzt tut sie das Gegenteil. Ebenso wichtig ist aber auch die Ablehnung der Lohnaufwertungspolitik. Auch in dieser letzten Sitzung des Verwaltungsrats hat der Staatssekretär Dr. Jochenabend die Behauptung vertreten, daß ein weiterer Ausbau und die Automatisierung des Fernsprechanstaltens unmöglich sei, wenn nicht eine entsprechende Tarifgestaltung die erforderlichen Betriebsüberschüsse garantiere. Noch immer kann man sich nicht entschließen, in dem Maße, wie es nötig wäre, die Mittel für werbende Anlagen auf Anleihekonten zu nehmen. Es wird notwendig sein, bei den Verhandlungen im Reichstag der ja der Regierung zukommen muß, die Reichsfinanzverwaltung mit allem Nachdruck auf die allgemein anerkannten faunamännlichen Grundzüge der Betriebsführung hinzuweisen.

**Ehrung für Staatspräsident Dr. Sieber.**

Der Gemeinderat in Heilbronn hat beschloffen, in besonderer Würdigung seiner Verdienste als Staatsmann und würtembergischer Ministerpräsident nach dem Staatspräsidenten a. D. Sieber eine Straße in Heilbronn niederzuschreiben zu nennen.

**Reichswasserstraßenverwaltung Mainz.**

Die Abgeordneten Kroll, Dr. Raschig und die übrigen Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion haben nachfolgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, den Sitz der Reichswasserstraßenverwaltung für das Stromgebiet des Rheins nach Mainz zu legen.

**Vier Gruppen und ein Galt.**

Der Zerfall der Wältschen.

Durch den Herauswurf Rube's haben die häuslichen Zustimmigkeiten unter den Wältschen den Charakter einer Groteske bekommen. Die Annahme, daß die Fraktion der Wältschen nun keine Fraktion mehr sein würde, bestätigt sich nicht, denn der herausgeworfene Rube wird an der Fraktionsgemeinschaft der Wältschen festhalten und insoweit noch den einigartigen Miteinanderfall dieser Gruppe für eine Zeit wenigstens nach außen hin aufhalten. Nimmermehr bietet sich das familiäre Bild, daß statt der drei Wältschen Gruppen und Herrn Best als Galt nunmehr vier wältsche Gruppen entstanden sind, bei denen der frühere deutschnationaler Abgeordnete Best das Gastrecht genießt.

**Das erste und das zweite Reichstagskabinett.**

Am 17. Januar 1925 wurde über eine der ersten Sitzungen des Reichstagskabinetts Luther Nachfolgendes bekannt gegeben:

„Das Reichstagskabinett hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in der u. a. die Frage der Arbeitszeit in Kokereien und Hohenfuerenern behandelt wurde. Das Kabinett vertrat in seiner Weise die Schwierigkeiten, die der Industrie aus einer teilweisen Rückkehr zum Dreizehntagestagen gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt erwachsen, hielt jedoch die sozialpolitische Bedeutung der Frage für so schwerwiegend, daß es gleichwohl einstimmig dem Antrag des Reichsarbeitsministers beipflichtet, den Satz des § 7 der Arbeitszeitverordnung auf Kokereien und Hohenfuerenern zu erstrecken.“

**Um unsere Freunde in Stadt und Land!**

Schon mehrfach haben wir die Bitte geäußert, an dem Ausbau unseres Wochenblattes mitzuwirken, insbesondere um Einbindung von Beiräten, aus den Orts- und Kreisvereinen sowie aus der Tätigkeit anderer Gemeinde- und Kreisvereine. Unser Blatt kann nur interessant gestaltet werden, wenn auf der ganzen Linie unsere Freunde das kleine Opfer auf sich nehmen und uns über alle wichtigen Vorkommnisse laufend berichten.

Am 8. Februar 1927 wurde über eine der ersten Sitzungen des Reichstagskabinetts Marx mitgeteilt:

„Das Reichstagskabinett hat am Dienstag seine geschäftsordnungsmäßige Zustimmung zu den drei Vorlagen des Reichsarbeitsministers erteilt, welche auf Grund des § 7 des bestehenden Arbeitszeitgesetzes die Arbeitszeit für gewisse Arbeitergruppen in den Gaswerken, Metallhütten und in der Glasindustrie auf acht Stunden beschränken. Das Kabinett gab ferner seine Einwilligung zu einer beschleunigten Erledigung des in der Regierungserklärung bereits angekündigten Gesetzes über die Arbeitszeit.“

Die innere Vereinbarung dieser Kabinette ist offensichtlich; hier zeigt sich deutlich das Bestreben, Sozialpolitik zu markieren.

**Aus dem Reich des Herrn von Kühne.**

Im Grundbuch Werder (Sawel) ist für den bekannten Herrn von Kühne auf Behov ein Vorkaufsrecht auf sämtliche Grundstücke der Gemeinde Mittelbush auf Schmelzensee eingetragen. Dasselbe befristet seit über 100 Jahren. Wenn ein Grundstück zum Verkauf gelangt, muß der Besitzer des Herrn von K. auf dem Grundbuchamt eingetragen werden. Es wird jedoch immer weiter fort, so daß Herr v. K. bei dem nächsten Verkauf das Grundstück erwerben kann, falls er gerade Geld hat.

Da das Dorf Mittelbush ganz von dem Eigentum des Immobilienbesitzes umgeben ist, kann niemand Land kaufen, denn Herr v. K. vertritt nicht. Das eingetragene Vorkaufsrecht erlaubt ihm denn, bei Verkäufen im drangesetzten Sinne einzuschreiten. Es muß ihm also im Laufe der Zeit das ganze Dorf widerstandlos zufallen. Das habe hat er schon an sich gebracht.

Die Gemeinde liegt unmittelbar am Schmelzensee, kann jedoch nicht aus Wasser, da Herr v. K. den Zugang verbietet. Ein Enteignungsantrag der Gemeinde zwecks Schaffung eines Zugangs zum See liegt beim Kreisaußschuß bezig, kommt jedoch nicht vom Ziel, obwohl ein öffentliches Interesse vorliegt.

**Die Demos und der Abgeordnete Schult.**

Der geschäftsführende Vorstand des Reichsausschusses Deutscher Demokratischer Beamten (Vorstand der Regierungsrat Gerhard Bogt) hat folgende Erklärung abgegeben:

Nach einem Bericht des vom Göttinger Beamtenrat der D. D. B. eingehenden Sachverständigenausschusses für die Beratung der Reichsbedienstetenreform, dem die Herren Oberverwaltungsrat Dr. von Duldig, Ministerialdirektor Dr. Jald und Verbandssprecher Redepening angehören, erklärt der Reichsausschuh der

deutschen demokratischen Beamten zu den Angriffen Reichstagsabgeordneter Steinkopf gegen den Reichsabgeordneten Schult-Steglich, daß er die Tätigkeit Abgeordneter Schult bei der Beratung der Reichsreform vom 14. Ausschuh des Reichstags im 1. Untergang billigt und diese Angriffe im Interesse Zusammenarbeit aller Republikaner disauert.

**Ein Bauernvertreter im Reichsbahn-Verwaltungsrat.**

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat nachstehenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in den Beratungen der Reichsbahn-Gesellschaft auch ein Vertreter deutscher Bauernschaft entsandt wird.“

**Einseitige Betriebsstatistiken.**

Zum 28. bis 31. März 1927.

Zum Zweck der Vereinheitlichung, insbesondere Zweck einer besonderen Durchführung der Gesetze hinsichtlich der Entscheidung von Betriebsratsmitgliedern im Ausschuh sind die Spitzenorganisationen der arbeitslosen und der freien Gewerkschaften im Bezirke Rheinland-Westfalen übereingekommen, dahin zu streben, daß Betriebsratswahlen einseitig in allen Betrieben an selben Tagen vorgenommen werden. Hierbei soll das Spiel befolgt werden, das die Bergarbeiterchaft des Rheinlands schon seit Jahren gegeben und das sich zum 1. 1927 beschloffen worden.

**Deutschnationaler Freijungener.**

Der deutschnationaler Ortsverein Bielefeld hat Erklärung der politischen Lage eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Von der Parteienliste und der deutschnationalen Landtagsfraktion erwarten wir, daß sie den beschränkten Erklärungen von jedem Mittel Gebrauch gemacht, um auch eine Veränderung in den preußischen Verhältnissen zu erzwingen und den verhassten Einfluss der Sozialdemokratie in der preußischen Verwaltung zu brechen.“

**Reichsrechtswissenschaftler und Mittellandanal.**

Im Zusammenhang mit den Nachrichten über etwaige geplante Einstellung der Arbeiten am Mittellandanal ist in der Provinz Sachsen eine heftige Erregung entstanden. Der Landeshaupmann der Provinz hat folgendes eine Erklärung veröffentlicht, nach der die Provinz auch im Hinblick darauf verständlich gewesen habe auf sich warten lassen. Weiter hat der Landeshaupmann an den deutschnationalen Reichsrechtswissenschaftler Dr. Koch die Bitte gerichtet, die Provinz Sachsen die eine entsprechende Erklärung zu beschaffen.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Müll, Magdeburg.  
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Wlfa. Str.), Delfsch

**Schlacht- u. Marktvielf-Ausstellung**  
mit fachgewerblicher Ausstellung  
in Köln am 1., 2. u. 3. April 1927

Namensbannen müssen bis zum 1. März an Schiedsrichterkommission, Köln, eingereicht werden. Namensbannformulare und nähere Bekanntmachung erhältlich.

**Wilhelm Kobell's**

**ff. Wurstwaren**

**ff. Fleischwaren**

Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fabr.

**Magdeburg**

Bärplatz Fernruf 7282

**Salzquelle**

Jeden Sonntag:  
**Konzert**

Anschließend  
**Tanzkränzchen.**

**Otto Wolters**

Kölner Str. 18 Tel. 1130  
**Bürg. Gaststätte m. Fleischschreiber.**

Geöffnet früh 7.30 Uhr

**Die Hilfe**  
Halbmonatsschrift für  
Politik, Literatur und Kunst

Begründer:  
**D. Friedrich Naumann**

Herausgeber:  
**Anton Erkelenz**  
und  
**Dr. Gertrud Bäumer**  
M. d. B.

Preis 4.50 M. im Vierteljahr

Man bestell bei der Post,  
beim Buchhändler oder beim  
Verlag Ernst Lisske, Erben,  
Berlin GZ, Breite Straße 69

**Saubere, junge,  
anständige Frau**  
eucht Aufwartung  
einige Stunden am  
Tage, Df. H. 5, 28  
an die D. D. B.

Wir fertigen  
**Druck-  
sachen**  
für jeden Bedarf  
schnellstens an  
Buchdruckerei  
**Hugo Alpers,  
Deltzsch,  
Fernruf 466.**

**D. D. B.**  
Fernsprecher  
**8095**

**Feinste frische  
Oldenburger Tafelbutter**  
in Postpaketen zu den billigsten Tagespreisen direkt  
**Molkerei Alljährden in Oldenburg.**

2 große helle  
**Büro Räume**  
mit Telefon, in guter Lage, 5 Minuten  
vom Bahnhof zu fuhr oder 1. März  
abzugeben. Offerten unter 27 bis. Blatts.

**Stärkt die Demokratie!**

Wer dem Vaterlande nützen will,  
für **Einigkeit, Recht und Freiheit** eintritt,  
der reicht zur gemeinsamen Arbeit  
allen Gleichgesinnten die Hand.

Zur Ausnahme meldet sich:

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_  
Bemerkungen: \_\_\_\_\_

Ausgefüllt einzuliefern an die  
**Deutsche Demokratische Partei**  
für den Bezirk Halle,  
Halle, Leipziger Straße 21;  
für den Bezirk Magdeburg-Anhalt,  
Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

**Hotel u. Restaurant  
„Weißer Bär“**  
Bes. Ad. Thurnagel

**Windjacken - Breechesosen  
Arbeiterbekleidung**  
sehr billig nur in  
**PRESSLER'S TEXTILHALLE**  
Dultergasse 8.

**Bauern und Kleinbauern  
Pächter und Siedler**  
verlangt die  
**Deutsche Bauernzeitung.**  
Probestücke kostenlos.  
Reichsverband landwirtschaftl  
Klein- und Mittelbetriebe,  
Berlin N. 24, Ronbijouplatz 3.

## Die Hirtsfelder-Berordnung bleibt.

Ein schwerer Schlag gegen die Gewerbetreibenden. Die Verhandlungen im Wohnungsausschuß des preussischen Landtages über die freizugebende gewerbliche Räume aus der Wohnungswirtschaft haben ein überraschendes Ergebnis gehabt. In der öffentlichen Erörterung der Hirtsfelder-Berordnung, sei es in den Zeitungen, sei es in Versammlungen der Interessenten, hatten Vertreter aller Parteien zum Teil sehr heftige Kritik an ihr geübt und betont, daß eine Aufhebung, zum mindesten aber eine wesentliche Milderung dringend geboten sei. Selbst die Wirtschaftspartei, deren Hauptaufgabe doch eine radikale Vertretung der Interessen des Hausbesitzes ist, hatte zugeben müssen, daß die Berordnung zu vielfach ganz maßlosen Mietererhöhungen geführt hat, und hat auch ihrerseits Abhilfe versprochen. In der Tat, vor das Material ausgedehnt geprüft hat, wer den Maßnahmen in ihrer ersten Gestalt bedenklicher Gewerbetreibender beigemessen hat, der kann nicht im Zweifel darüber sein, daß hier eine schwere Gefahr vorliegt und ein erster Notstand droht. Man kann auch nicht gleichmütig den Ausweg der gewerblichen Mieten dem freien Spiel der Kräfte überlassen, in der Hoffnung, daß durch das Spiel von Angebot und Nachfrage schon das Gleichgewicht wieder hergestellt werden wird. Denn für den Gewerbetreibenden ist ein Gehaltsstapel sehr viel mehr, als für den gewöhnlichen Mieter die Wohnung. Es ist die Grundlage seiner ganzen Existenz. Wenn sie ihm genommen oder maßlos verteuert wird, wird es ihm in vielen, ja in den meisten Fällen, nicht möglich sein, einen Ersatz zu finden. Vielen Tausenden von Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes droht also jetzt die wirtschaftliche Vernichtung.

Umso bodenständiger und erschlauerlicher ist es, daß der Ausschuss der Gewerbetreibenden im Ausschuss des Preussischen Landtages nur einen Widerhall gefunden hat, den man fast als Befriedigung ansehen muß. Die Parteien der Rechten, insbesondere die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die zunächst weitgehende Anträge zugunsten der Gewerbetreibenden eingebracht hatten, suchten diese zum Schluß wieder zurückzugeben. Als ihnen nachgewiesen wurde, daß das geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig ist, stimmten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei gegen ihre eigenen Anträge. Lediglich ein Abzug eines deutschnationalen Entlanges, in dem die Einrichtung von Schiedsstellen gefordert wird, wurde angenommen, desgleichen ein demokratischer Antrag, der die Mieters bildender Künstler aus dem Rahmen der gewerblichen Räume herausnimmt. Dieser Ausgang der Angelegenheit stellt die Demagogie in vollem Licht mit der auf jener Seite politische Angelegenheiten behandelt werden. Zunächst hatte man den Gewerbetreibenden mit den weitestgehenden Versprechungen den Mund zu stopfen versucht, als aber die Stunde der Tat gekommen war, brühte man sich unter vielen ähnlichen Beteuerungen, deren Wert die Gewerbetreibenden selbst ermaßen können, letztendlich in die Röhre. Nur die Demokratische Partei blieb als einzige von den nichtsozialistischen Parteien bei ihrer Auffassung, daß die Berordnung unhaltbar sei und aufgehoben werden müsse.

## Der Entwurf des neuen Polizeibeamtengesetzes.

Die Preussische Staatsregierung legt dem Staatrat den Entwurf eines Polizeibeamtengesetzes nebst Begründung vor, durch den die Rechtsstellung der gesamten Polizeibeamtenschaft auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Der Entwurf war schon seit längerer Zeit fertiggestellt; seine Vorlage wurde aber durch außerordentliche Veränderungen verzögert, so daß wiederum eine Veränderung des von vornherein nur als Uebergangsvorsorge gedachten Schutzpolizeibeamtengesetzes vom 16. 8. 1922 notwendig wurde.

Der neue Gesetzentwurf trägt, wie der Amtliche Preussische Präsident schreibt, den tatsächlichen veränderten Verhältnissen Rechnung. Zwar wird es für eine Uebergangsregelung von etwa 4-5 Jahren noch unummeidlich bleiben, einen Teil der starken Jahrgänge, die in nächster Zeit die zwölfjährige Dienstzeit vollenden, in der bisherigen Art zu entlassen, um eine Ueberalterung der Schutzpolizei und damit die völlige Störung des Nachschubes und der Aufsteigsmöglichkeit zu vermeiden. Im übrigen trägt der Entwurf dem bereits beim Aufbau der Schutzpolizei vorgezeichneten Gedanken der Einheitspolizei Rechnung. Danach soll grundsätzlich jeder tüchtige in die Schutzpolizei eintretende Anwärter in ihr oder einem anderen Polizeidienstzweig auf seinen Lebensberuf finden. Von dem bisherigen Verordnungsverfahren kommt daher für die Neueinstellung ganz abgesehen werden.

Der Entwurf beschäftigt sich mit den Rechtsverhältnissen aller Polizeibeamten, einschließlich der Beamten der Landjägerei und kommunalen Polizei, wobei auch der Übergang von der Schutzpolizei in die anderen Dienstzweige geregelt wird. Die Schutzpolizeibeamten werden das allgemeine Beamtenrecht empfangen, soweit die besonderen Dienstverhältnisse der Polizei dies zulassen. Für die jungen Polizeianwärter, die ohne Vorbildung eintreten, sind vom Staate erst ausgebildet werden, sowie für die Schutzpolizeibeamten, für die jederzeit eine Verwendung in geschlossenen Verbänden in Frage kommt, sind gewisse Abweichungen unummeidlich. Aber auch die jetzt in den unmittelbaren Staatsbeamten und sind personenspezifisch. Im Gegensatz zu früher ist eine verbesserte Unfallversicherung für alle Polizeibeamten geschaffen worden.

Dem bisherigen Rechte entsprechend erfolgt die unmittelbare Anstellung der Beamten des Vollzugsdienstes

grundsätzlich mit dem 32. Lebensjahre. Die Möglichkeit der Pensionierung ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit ist für die auf das 60. Lebensjahr festgelegt. Die Polizeioffiziere gehören bis zum 10. Dienstjahre zu den übrigen kriegsdienstfähigen Beamten. Die älteren Polizeioffiziere können mit Pension verabschiedet werden, wenn sie bestimmte, vom Minister des Innern noch festzulegende Altersgrenzen überschritten haben oder für ihren verantwortlichen Dienst die nötige Eignung nicht mehr besitzen. Im letzteren Falle können ihre Einwendungen durch einen besonderen Ausschuss begutachtet werden.

Im ganzen soll das Gesetz die Grundlage sein für eine energieliche Weiterentwicklung der Polizei, deren Aufbau sich im allgemeinen als abgeschlossen angesehen werden kann.

## Gewerkschaften gegen Ueberstunden.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm in seiner letzten Sitzung, in der die Sprachpraxis einzelner Schlichter und die Verbindlichkeitserklärung verschiedener Sprüche der letzten Zeit zur Diskussion stand, die folgende Entschließung an: „Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt einmütig Protest gegen die zahlreichen Schiedssprüche, die auch in der letzten Zeit noch den Arbeitern die Leistung von weitgehender Ueberzeitarbeit über den Achtstundentag hinaus auferlegt haben. Es ist eine offene Erniedrigung der Gewerkschaften und

## Der neue Führer des deutschen Sängerverbandes



Georg Brauner, der bisherige Vorsitzende des Berliner Lehrergesangsvereins, ist zum ersten Vorsitzenden des über 200 Vereine zählenden Deutschen Sängerverbandes gewählt worden.

der gesamten organisierten Arbeiterschaft und eine Verhöhnung der Arbeitsethik, wenn solche Schiedssprüche überdies noch vom Arbeitsminister verbindlich erklärt werden. Der Bundesausschuß hält es für seine Pflicht, vor den Folgen öffentlich zu warnen, die in absehbarer Zeit dazu führen müssen, das öffentliche Schlichtungsverfahren vollkommen zu erschüttern. Das Lebensinteresse der Arbeitsethik und die immer steigende Notlage der Millionen Arbeitsethik erfordern, jeder Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten. Der Bundesausschuß erklärt es deshalb erneut als Pflicht der gesamten Arbeitsethik, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Ueberzeitarbeit fortan aus eigenem Entschluß unbedingt zu verweigern. Den streikenden und ausgesperrten Metallarbeitern in Leipzig spricht der Bundesausschuß seine volle Sympathie aus und befehlt sich bei größerer Ausdehnung des Kampfes weitere Beschäftigung vor.“

Der zweite Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reichstagsabgeordneter Graumann, wurde beauftragt, diese Entschließung dem Reichsarbeitskommissionar persönlich mitzuteilen.

## Keine Mietererhöhung ohne Lohnherhöhung.

In seiner gestrigen Sitzung nahm der Bundesausschuß des ADGB, auch Stellung zur Frage der angekündigten Erhöhung der Mieten. In diesem Zusammenhang befragte er das gesamte Lohnproblem. Die Stellungnahme der Gewerkschaften zu diesen beiden Fragen kam in folgender, einstimmig angenommener Entschließung zum Ausdruck:

Während die Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen die wichtigste Voraussetzung für eine Ueberwindung der herrschenden Arbeitslosigkeit ist, droht die Wirtschaftspolitik der Unternehmer und der Regierung die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten noch weiter herabzusetzen. Trotz der Nationalisierung und der zunehmenden Ausweitung der Arbeitsethik zeigen gerade die Massenvertragsarbeiter der Industrie keine oder eine ganz geringe Preissteigerung, die den Gewinnern der Unternehmungen auch nicht entfernt entspricht. Statt dessen steigen die Lebensmittelpreise. Hinzu droht eine erhebliche Steigerung der Wohnungsmieten zu treten.

Das von den großen Wirtschaftskreisläufen der Unternehmer untertätige Drängen der Hausbesitzer nach beschleunigter Erhöhung der Wohnungsmieten soll schon vom

1. April ab zu einer weiteren Mietererhöhung um 20 Prozent führen. Die Gewerkschaften haben vor diesem volkswirtschaftlich unberechtigten und gefährlichen Schritt eindringlich gewarnt. Sie müssen unter Hinweis auf die von ihnen veröffentlichten Richtlinien für den Wohnungsbau diese Warnung in letzter Stunde wiederholen.

Sollte entgegen allen volkswirtschaftlichen Erwägungen trotzdem die jetzige Mehrheit des Reichstages die angekündigten Mietererhöhungen beschließen, so fordert der Bundesausschuß des ADGB:

„Die Rente der Hausbesitzer darf unter keinen Umständen erhöht werden.“

Alle eintretenden Mietererhöhungen müssen durch gleichzeitige Lohnherhöhungen ausgeglichen werden. Insbesondere sind in allen Lohnvereinbarungen bindende Klauseln vorzusehen, wonach alle im Laufe der Vertragsperiode eintretenden Mietererhöhungen automatisch durch Lohnherhöhungen ausgeglichen werden.

Darüber hinaus muß aber zur Beilegung der allgemeinen Notlage der Arbeitsethik, zur Hebung der Kaufkraft der breiten Massen und zur Ueberwindung der chronischen Arbeitslosigkeit mit größter Beschleunigung das Lohnniveau systematisch erheblich gehoben werden.“

Der günstige Stand der deutschen Volkswirtschaft rechtfertigt diese Forderung.

Von den amtlichen Schiedsorganen, die an der Lohnsetzung mitwirken, muß gefordert werden, daß sie in ihren Schiedssprüchen nicht etwa nur die Mietererhöhungen ausgleichen, sondern darüber hinausgehende Lohnherhöhungen den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen.

## Die Gewerkschaften fordern Ausbau der Gewerbe- und Handelsaufsicht in Preußen.

Wie aus der „Gewerkschaftliche Presse“ mittelt, haben sich die freibürgerlich-nationalen, christlich-nationalen und freien Gewerkschaften an die Preussische Staatsregierung, die Fraktionen und die Mitglieder des Preussischen Landtags mit einer Denkschrift gewandt und den Ausbau der gewerbe- und Handelsaufsicht gefordert. Die Gewerkschaften aller Richtungen erwarten, daß der Landtag bei der Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung für das Rechnungsjahr 1927 zunächst eine Vermehrung der Stellen für den mittleren Gewerbeaufsichtsdienst vornimmt, die es ermöglicht, alle revisionspflichtigen Betriebe mindestens einmal im Jahre zu kontrollieren. Die jetzt vorhandenen Kräfte reichen nicht aus, um die gemachten Aufgaben zu bewältigen. Dabei sollen alle neu zu schaffenden Stellen wie bisher mit Arbeitern und Angestellten besetzt werden, die mit dem praktischen Arbeitsleben vollkommen vertraut sind. Die Gewerkschaften führen zur Begründung an, daß in den Verhandlungen des Preussischen Landtags von den verschiedensten Parteien mit Recht darauf hingewiesen sei, daß eine Besetzung der Stellen mit Arbeitnehmern wesentlich zur Förderung des Vertrauens der Arbeiter und Angestellten zur Gewerbeaufsicht beitragen würde.

Neben einer Vermehrung der Stellen wird auch eine Höhergruppierung der mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten für unerlässlich gehalten. Gleichzeitig wird in der Denkschrift der Standpunkt vertreten, daß die bisherige Besetzung der mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten in keiner Weise den an sie gestellten hohen Anforderungen entspreche. Im Haushalt für das Rechnungsjahr 1927 sollte deshalb die Besetzung der mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten zunächst nach Gruppe 7 vorgezogen sein. Für die Gewerbeoberkontrolloren und Gewerbeoberkontrollorinnen befristeten die Gewerkschaften die Besetzung nach Gruppe 8. Die Zahl dieser Stellen soll je bemessen sein, daß alle mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten, die die vorgeschriebene Prüfung bestanden haben, in solche Stellen aufsteigen können. Eine solche Gruppierung würde keine Ausnahmeregelung darstellen. Sie entspräche vielmehr einer Bewertung dieser wichtigen Stellung, wie sie bereits in anderen Völkern, z. B. Saarländ, Hessen, Württemberg, Baden und Württemberg, üblich ist.

## Parteinachrichten.

### Bezirk Magdeburg.

#### Berufsausschüsse

#### Deutscher Demokratischer Partei, Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuß: Montag, den 21. Febr., abends 7 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle, Breitenweg 139 bis 140.

Stammtag: Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Erwünscht ist Parteibeteiligung.

Demokratische Jugend. Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Franke-Jugendheim, Zimmer 8: Wortabend „Das Wesen des Unternehmertums“. Redner Herr Dr. Schneider. Gäste willkommen.

Demokratische Frauen. Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, Vortragabend in der Freundschaft, Bräutlestraße 32. Das Referat hat Frau Wg. Dr. Klausner übernommen.

**Gruppe Neues-Nestadt:** Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr, im „Marktshöfen“, Wendstraße 6, Versammlung, Vorstandswahl und Vortrag von Herrn Regierungsrat Baustich über „Politische Gegenstände“. Gäste durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

**Queblinburg:** Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr im „Bunten Lamm“ Vortragsabend. Stadtd. D. Dürre-Magdeburg spricht über „Die Sorgen des Mittelstandes“.

**D. D. P. Werbedresfen.** Die Mitglieder der Ortsgruppe Magdeburg haben in den letzten Tagen ein Rundschreiben der Werbedresfen bekommen. Wir erwarten von allen Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei, daß sie aus die geduldeten Werbedresfen umgehend überweisen. Niemand darf sich bei der diesmaligen Werbung auszeichnen.

**D. D. P. Magdeburg (Politische Aussprache).**

Die am letzten Sonntag veranstaltete politische Aussprache wies wiederum einen sehr guten Besuch auf. Landtagsabgeordneter Rektor Herrmann behandelte aktuelle politische Tagesfragen. Einleitend wies er auf die von den Demokraten geleistete Arbeit und auf ihre Bestrebungen zur Stärkung und Festigung der Republik hin. Wenn nicht alle Wünsche der Demokraten erfüllt seien, so läge das einfach daran, daß man auf die letzten der Koalition vorhandenen Parteien Mühe setze zu nichten habe. Gewiß gäbe es manche Probleme, die nicht den Beifall der Demokraten finden. Im großen ganzen können auch die Demokraten mit der geleisteten Arbeit der Weimarer Koalition und der Koalition der Mitte durchaus zufrieden sein. Die Weimarer Koalition habe ganz besonders in der Innenpolitik sehr beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen. Zur Zeit stehe die D. D. P. in der Opposition. Sie habe nicht ohne sachlichen Grund die Mitarbeit in der Regierung abgelehnt. Die Deutschnationalen, die heute in der Regierung eine sehr wichtige Rolle spielen, haben bisher die von Minister Stresemann geäußerte Außenpolitik abgelehnt. Sie haben ferner wiederholt erklärt, daß sie Gegner der Republik und Monarchisten sind. Mit solchen Parteien kann die D. D. P. keine gemeinsame Politik betreiben. Es sei abzumachen, ob die Deutschnationalen die von dem Zentrum vorgelegten Richtlinien objektiv inhaltlich innehalten. Die Demokratische Partei werde im Reiches stets objektiv handeln und dem Staat das gewähren, was er zu seiner Lebensnotwendigkeit bedarf. Die hochinteressanten Ausführungen fanden förmlichen Beifall. Nachfolgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

**Entschließung.**

Die Deutsche Demokratische Partei Magdeburg steht einmütig hinter der demokratischen Reichstagsfraktion und der von ihr befolgten Politik. Sie teilt mit ihr das Mißtrauen gegen die in der Regierung eingetretenen Feinde der demokratischen Republik, da sie glauben, an der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der letzteren in Wort und Schrift gebunden Gegenwarts- und Deutschnationalen gegen den neuen Staat und seine Verfassung nicht zweifeln zu dürfen. Sie dankt der demokratischen Fraktion, insbesondere ihrem bewährten Führer Erich Koss für die zielbewußte, klare und unabweichende Haltung während der letzten Regierungszelle.

In der Aussprache wurden Fragen des Konfordsats angesprochen. Herr Dr. Bohner gab unter lebhaftem Beifall einige grundsätzliche Äußerungen bekannt. Wir behalten uns vor, demnächst zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

**An unsere Postbezieher!**

Bis 24. Februar muß der Bezug für den Monat März erneuert werden. Nach dem 24. Februar erhebt die Post zu den Bezugsgebühren eine besondere Gebühr von 2 s.

Rechtzeitige Erneuerung des Bezuges ist notwendig, damit keinerlei Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

**Deutsche Demokratische Partei.**

**Kirche und Republik.** In einer Versammlung der Stadtteilgruppe Nordfront-Alte Neustadt sprach Konrektor Penning über „Kirche und Republik“. Die zugehörigen Ausführungen fanden in der Versammlung gute Aufnahme. An der Aussprache beteiligten sich die Herren: Vizepräsident Hausmann, Schneider, Münz, Katenhödt, Beder, Frau Zehle und Herr Meyer. Wir kommen auf das Referat im nächsten Nummer zurück. Die deutsch-nationale Magdeburger Tageszeitung bringt über diese Versammlung einen Bericht, der nicht unvoreingenommen bleiben darf. Der Vorsitzende der Gruppe, Dr. Schroeder, hat die Presse, die Aussprache vertraulich zu behandeln, damit die Disziplin nicht Gelegenheit hätten, sich ganz frei und offen im geschlossenen Kreise der Demokraten zu äußern. Diese Forderung hat die Magdeburger Tageszeitung um zu bezeugen, der Versammlungsleiter hätte nicht ohne Grund Wert auf die vertrauliche Behandlung der Aussprache gelegt. Diese Behauptung ist vollkommen unwahr. Es ist auch unrichtig, wenn die Magdeburger Tageszeitung behauptet, die Deutsche Demokratische Partei hätte in der Zeitung eine öffentliche Disziplin angeklagt. Abgesehen davon, die Demokraten sind sehr duldsame Menschen, die selbst in einer demokratischen Stadtteilgruppenversammlung den Berichterstatter der deutsch-nationalen Tageszeitung zulassen. Dieser gute Reporter bringt es fertig, über Herrn Vizepräsident Hausmann zu schreiben, daß er in einem Zwischenruf empfohlen habe, die „reaktionären Stahlhelmposten auszureuten“ und, daß er ferner eine „hitzige“ (?) Äußerung die Deutschnationalen geritten habe. Wer Herrn Vizepräsident Hausmann näher kennt, weiß, daß er solchen Uninn, um seinen anderen Ausbruch zu gebrauchen, nicht redet. Vizepräsident Hausmann hat sich in durchaus sachlicher Weise zur neuen Regierungsbildung geäußert. Die deutsch-nationale Tageszeitung hat von ihm eine Berichtigung erhalten, in der es heißt:

„Es ist unwahr, daß ich in einer Ortsgruppenversammlung der Deutschen Demokratischen Partei einen Zwischenruf gemacht habe, der empfahl, die „reaktionären Stahlhelmposten auszureuten“, richtig ist vielmehr, daß ich keinen Zwischenruf gemacht habe, der auch nur in ähnlichem Sinne gedeutet werden könnte. Es ist ferner unwahr, daß ich den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung als eine „Geste und Heuchelei“ bezeichnet habe, wahr ist vielmehr, daß

ich entgegen der Ansicht des Vortragenden meiner Meinung dahin Ausdruck gegeben habe, daß ich in dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung eine Festigung der demokratischen Republik nicht erblicken und nicht verstehen könnte, daß die Herren, die doch innerlich überzeugte Monarchisten seien, die Richtlinien des Reichstanzlers hätten anerkennen können.“

**Börslicher „Großwahn“!**

Das völlige „Erbwachen“ ist schwer an Grippe erkrankt und liegt im hohen Fieber. Es hat phantastisch, daß der börslichen Bewegung die Zukunft gehört und daß die Massen zu Millionen unter der Fahne des Nationalsozialismus aufmarschieren. Die Demokraten seien fast vollständig verschwunden und das kleine Magdeburger demokratische Blattchen habe aufgehört zu existieren. Im Fiebertraum zeigen sich solche Bilder, zumal der geistliche Leiter der „Erbwachen“ seit Jahr und Tag Artikel in benennenswerten „Blättern“ macht. Als das sensationslustige Blattchen ausgeschrieben hatte, war es aus mit der börslichen Herlichkeit und dem börslichen Großwahn. Die Massen von Thüringen waren erwidert. Dort hatten die Börslichen bis her 7 Sige, geholt haben sie insgesamt 3, wozu einer noch fraglich erscheint. In Berlin ist der Abgeordnete Kube aus der Deutschnationalen Freiheitsbewegung ausgeschieden, Graf Reventlow ist ihm gefolgt und hat sich als getreuer Nachbenedict Herr Fißler untergeordnet. Das Bild der börslichen Bewegung gilt sehr trübe. Die paar Börslichen haben ihre liebe Not, unter gemeinsamer Führung zusammenzubehalten, damit sie wenigstens im Reichstag noch eine Fraktion darstellen. Das wird den einzigen äußerlichen Effekt darstellen, den die börsliche Bewegung noch abzugeben hat. Sonst sind die Börslichen auf der ganzen Linie aufgegeben. Ihre Kräfte haben sich als angeeignet erwiesen, die Massen zu begeistern. Das „Erbwachen“, das sonst jede Kleinigkeit an die Glote hängt, hat von diesen Dingen bisher noch nichts berichtet. Es ist möglich, daß die Erbwanne-Redaktion die wichtigsten Vorgänge verschlafen hat. Es ist aber auch möglich, daß von den Magdeburger börslichen Schreibern alle diese Vorgänge orientiert sind. Die börsliche Geschlossenheit wird am besten durch Nachstehendes illustriert: Als am Mittwoch, den 9. Februar d. Js., der börsliche Abgeordnete Henning einen Antrag, der sich gegen die Erhöhung der Biersteuer und gegen die Aufrechterhaltung der Tabaksteuer richtete, begründete, war kein Mitglied der börslichen Fraktion im Saale anwesend. Trotzdem brachte es dieser vorwärtige börsliche Abgeordnete fertig, die Herbeigeeignung des Finanzministers zu beantragen. Was es übrigens mit diesen börslichen Weltverbessern liegt, davon weiß der „Vorwärts“ zu berichten. Ein Brief, den die inoffiziellen entlassene Schriftleitung (am 2. Februar) des „Deutschen Volksblattes“ an die Mitglieder der Gesamtleitung der deutsch-börslichen Freiheitsbewegung“ richtete, beauftragt den Geschäftsführer des Verlages, in dem die genannte Zeitung erscheint, Herrn Selzer, 10 000 Mark, die er ausliefen eines Vertraus von Anteilen zur Bekämpfung von Verlagschulden erhalten hatte, für persönliche Zwecke verwenden zu haben. Er soll weiter den Kampf, den das „Deutsche Volksblatt“ führt, als „ausgeschlossen“ aufgegeben und sich einige Wochen später an die

**Für unsere Frauen**

**Gewerbslose Jugend.**

Um das neunte Schuljahr.

Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist für alle Betroffenen ein schmerzliches Los. Und nicht nur das — sie ist eine Gefahr für den Einzelnen und, wenn unabweichbar lange Zeit große Massen der Arbeiterschaft darunter zu leiden haben, eine staatspolitische Gefahr. Unzählige, sorglose und mutlose Arbeitnehmerinnen können keine psychologisch starken Staatsbürger sein, nicht in dem Sinne, daß sie vertrauensvoll und zukunftsfroh für den Staat arbeiten. Wir kämpfen in Deutschland seit vielen Monaten gegen dieses Uebel der Arbeitslosigkeit der Massen. Trotz vieler Vor schläge, vieler Versuche, ist noch keine Lösung dieses Problems gefunden worden, und von Vertretern der Arbeitnehmerschaft, von den Gewerkschaften, wird die Befürchtung geäußert, daß dieser Zustand noch jahrelang anhalten kann. Das perdenwische Ab- und Wiederaufsteigen der Gewerkschaften geben diesem pessimismus leider eher Recht als Unrecht.

Ist diese ungewollte Arbeitslosigkeit schon eine Gefahr für die Erwachsenen, so ist sie in ganz besonderem Maße für die Jugendlichen. Was soll mit den Hunderttausenden arbeitslosen Jugendlichen geschehen, zu denen Jahr für Jahr neue hinzukommen? Was sollen sie, die 1. U. ungeduldig auf die Möglichkeit des Beginns ihrer Berufsarbeit warten, tun? Wir stehen da vor einem Problem, dessen Bedeutung und Schwere von vielen Seiten richtig erkannt wird und an dessen Lösung alle mitzuhelfen haben, denen das Wort: „Deutsches Volk“ ist.

Diese Frage muß von mehreren Seiten betrachtet werden, wenn man nicht zu unbefriedigenden Resultaten kommen will. Es ist in der Tat so, daß die überwiegend große Masse dieser Jugendlichen, die innerlich ganz auf die selbstverständliche Notwendigkeit einer Berufsarbeit eingeweiht sind, nach Beendigung der Schulzeit ungeduldig auf den Beginn dieser Tätigkeit warten. Es bedeutet für sie eine ihnen nicht ganz verständliche Enttäuschung, wenn die Wirklichkeitsverhältnisse ihnen diese Möglichkeit nicht bieten. Es ist eine nicht zu unterschätzende psychologische Gefahr, daß der Arbeitswille in diesen jungen Menschen ohne ihre Schuld lähmgelegt wird. Andererseits, die aller-

größte Masse dieser Jugendlichen kommt aus den Volksschulen, deren soziale Lage so ist, daß sie auf frühen Mißerwerb ihrer Kinder angewiesen sind. Es wird nun von verschiedenen Seiten ernstlich der Vorschlag gemacht (Gewerkschaften haben schon Eingaben an die Reichs- und Landesbehörden gestellt), daß ein „meant Schulpflicht“ eingeführt werden soll. Man will, daß diejenigen SchülerInnen und Schüler, die das Gehör der Volksschule erreicht haben, mit Handertelligen und Hausaufgabe lernen der Beschäftigung des im bisherigen Unterricht Gelernten beschäftigt werden. Die anderen, die das Ziel der Volksschule nicht erreicht haben, sollen in den Schulfrähen weiter unterrichtet werden. Die dafür nötigen Verhältnisse aus der großen Zahl der stillensten JungarbeiterInnen und aus den arbeits- und erwerbslosen Vertretern, Handwerker usw. genommen werden. Ein Vorschlag, der ganz richtig ernsthafte Beachtung verdient, selbst wenn man an die Kosten denkt, die dadurch dem Staat neu aufzulegen werden; ein Gegenwert für ihn liegt ja schon darin, daß er dem Hunderttausende beschäftigte, anstatt erwerbslose Jugend schickt. In Gewerkschaftskreisen wird aber der Einwand, daß die Eltern durch diese verlängerte Schulzeit ihrer Kinder gefährdet würden, weil die Kinder heute ja doch keinen Verdienst finden würden, recht oberflächlich abgetan. Ganz kam man freilich darüber nicht hinweggehen. Die Familien dieser Volksschule nehmen tatsächlich mit den kleinsten Mitteln und es bedeutet für sie sehr viel, wenn das soeben schulpflichtige Kind auch nur ab und zu, durch irgendwelchen Gelegenheitsverdienst, ein paar Mark oder auch nur ein paar Groschen nach Hause bringen kann. Gewiß ist dieser Grund nicht so schwerwiegend, daß man seinetwegen nicht den großen Wert der Weiterbildung der erwerbslosen Jugendlichen ernsthaft diskutieren sollte. Es fragt sich nur, ob man ohne Zwangsmaßnahme mit einem obligatorischen weiteren Schuljahr jetzt schon beginnen soll. Verhältnisse, die, vor allem Düsseldorf, haben durch Schulungsstelle verpflichtendster Art Beschäftigung für die Jugendlichen zu finden können, in einer Form, die doch keine so hemmende Bindung ist, wie sie das „meant Schulpflicht“ wäre; man berichtet, daß Düsseldorf mit seinen Versuchen den besten Erfolg hat. Auch Berlin verfuhr in Jugendlichen die erwerbslose Jugend durch Schulungsstelle zu

beschäftigen, s. T. mit mehr, s. T. mit weniger gutem Erfolg — und dieser Misserfolg bestätigt die oben geäußerte Behauptung, daß diese jugendlichen Erwerbslosen jede sich ihnen bietende Arbeitsmöglichkeit (aus verdinglichen Gründen) einer Weiterbildungsmöglichkeit vorziehen. Man sollte deshalb mit der Einrichtung eines neunten Schuljahres recht vorsichtig umgehen, weil ihm Hemmnisse entgegenstehen, deren Ursache in der Not unserer breiten Arbeiterschaft zu suchen ist.

Gertraud Wittfisch, Berlin.

**Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.**

Gestaltung der demokratischen Fraktion. Der Reichsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hat nach Annahme des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten der demokratischen Reichstagsfraktion nachstehendes Schreiben geschickt: „Der Reichsausschuß der Deutschen Demokratischen Partei dankt der Reichstagsfraktion der D. D. P. im Namen der demokratischen Fraktion für die günstige Stellungnahme bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ für dessen Annahme sich die demokratischen Fraktionen im ganzen Reich seit Jahren ausgesprochen haben. Insbesondere begrüßt er auch dankbar die Haltung der Fraktion bei der Behandlung des sogenannten „Kurschreiber-Paragrafen“ der Reichsausschuß nach besonders nach der Wortführung in dieser Sache, Frau Dr. Wilders, für ihr unermüdetes und wirksames Eintreten für dieses Gesetz.“

**Die Heiratsausichten der Frau.**

Eine amtliche Statistik.

Nach den sehr vorliegenden Ergebnissen der Volkszählung lassen sich beachtenswerte Resultate über die Gestaltung der Heiratsausichten der heutigen Frauen generation machen. Vor dem Kriege waren die Heiratsausichten der ledigen Frauen im Alter von 18 bis 46 Jahren, einer ledigen Mann im Alter von 20 bis 50 Jahren heiratet zu können, besonders günstig in Oldenburg, Mecklenburg, Ostpreußen, Pommern, Sachsen und Baden, da in diesen Ländern die Zahl der männlichen Heiratspartner die

die Firma mit der Bitte gemeldet haben, dem „Deutschen Tageblatt“ ein Motorrad für eine Verlobung zu spenden. Der „Ehrenhof“ habe gegen Stielter auf Auslass aus der Partei erkannt, Herr o. Gräbe aber, der sich Urteil bereits befähigt hatte, habe als „Berufungsinstanz“ eine Verwarnung für ausreichend gehalten. Die obige Redaktion meint am Schluss des Briefes, wenn die ganze Sache „Angelegenheit“ der Öffentlichkeit sein würde, wäre die deutsch-völkische Freiheitsbewegung in ihrer heutigen Form moralisch erledigt. Amos nachfolgenden, ein Mitarbeiter dieser hat hier ein offenes Wort gesprochen, indem er in aller Deutlichkeit erklärt, daß die deutsch-völkische Freiheitsbewegung moralisch erledigt ist. Die Eingeweihten vor dies heretisch bekannt. Es ist die deutsch-völkische Freiheitsbewegung moralisch erledigt ist. Die Eingeweihten vor dies heretisch bekannt. Es ist die deutsch-völkische Freiheitsbewegung moralisch erledigt ist.

### Gerecht Strafe!

Zu der Notiz in Nr. 3 unseres Blattes schreibt uns ein Jungdeutscher Orden Magdeburg, daß Lehrer in dem Blatt dem Jungdeutschen Orden seit langer Zeit nicht mehr angehöre.

**Magdeburg, Mittelstandsversammlung.** Die Gruppe für Handwerk und Gewerbe der D. D. P. veranstaltete am Montag, den 14. Februar ds. Js. eine Versammlung, an der Schreiner-Obermeister Landtagsabgeordneter Ernst Cassel über „Sorgen des Mittelstandes“ sprach. Redner behandelte eingehend alle Fragen, die für Handwerk und Gewerbe starkes Interesse haben, besonders hob er die Probleme hervor, die durch die Parlamente gelöst werden müssen. Die Deutsche Demokratische Partei hat sich besonders im Preussischen Landtag ganz energisch um die Belange des gewerblichen Mittelstandes bemüht. Sie hat leider mit ihren Anträgen nicht den Erfolg gehabt, der im Interesse des Mittelstandes durchaus notwendig gewesen wäre. Die demokratischen preussischen Minister Dr. Schreiber und Dr. Hüpler in der Provinzialversammlung, was in ihren Kreislagen, am 2. März ds. Js. haben gegenwärtig und Geschäftsmann zu helfen beim Einzug auf die Gewerbesteuer entsprechende Anträge gestellt, wodurch die Heranziehung der Nacht- und Nebelsteuer für Geschäftsmänner zur Ertragssteuer im Einkommensteuergesetz werden. Die Partei hat ferner den Antrag gestellt, daß die Gewerbesteuer bei einem Einkommen bis zu 3000 Mark ein niedrigerer Hundertsatz der Einkommen-

steuer sein soll. Des weiteren behandelte Redner die Freigabe der gewerblichen Räume, die eine ungeheure Erleichterung in den Kreisen der Gewerbetreibenden mit Recht hervorgerufen hat. Ob die Anträge Aussicht auf Erfolg haben, sei noch sehr zweifelhaft. Eine Milderung wird zu erwarten sein, da auch die Parteien mit ähnlichen Anträgen an das Parlament heranzutreten sind. Am Schluß seiner Ausführungen behandelte Abgeordneter Kniesch noch das Städtebaugesetz, wobei er an einzelnen Artikeln recht scharfe Kritik übte. Der Vortrag fand lebhaften Beifall und wies Stadtvorordneter Birre darauf hin, daß die Gruppe für Handwerk und Gewerbe nunmehr monatlich eine Zusammenkunft veranstalten, in der nur Fragen behandelt werden, die Handwerker und Gewerbe angehen. An der lebhaften Aussprache beteiligte sich u. a. der frühere deutsche nationale Parteisekretär G. Böber, der den Deutschen nationalen zum Vorwurf machte, daß sie in keiner Weise die Interessen der Gewerbetreibenden wahrgenommen haben. Stadtvorordneter Blume behandelte im Zusammenhang mit der Besprechung des Städtebaugesetzes Fragen der Bodenreform.

### Vom Dienstmädchen zur Zwischen Millionärin



Ueber Nacht wurde das 28jährige Dienstmädchen Marie Drosdorf in Meerane durch eine Dollareierschaft zur Zwischen Millionärin. Die Erbschaft hinterließ ihr ein Dunkel Scheffeleben in Milwaukee, Nordamerika, der aus Deutschland stammt und in Amerika in Farmgrundstücken gänzlich spekulierte.

### Kaufmännischer beruflicher Weltkreis.

Zu großen Gau- und Reichstagen des Jugendbundes im G. D. V. (Gewerkschaftsbundes der Angestellten) haben deutsche Weltkreise stattgefunden, die sich immer einer recht guten Beteiligung erfreuen konnten. Die Fülle des Tagesprogramms machte es immer schwieriger, den beruflichen Weltkreisen voll gerecht zu werden. Aus diesem Grunde werden sie jetzt unabhängig von den Tagungen durchgeführt. Im Jugendbau Mitteldeutschland findet am kommenden Sonntag, den 20. d. M., in sämtlichen Gruppen für alle Lehrlinge im Handel, Büro und in der Industrie ein Berufswettkampf statt. Hier wird den Lehrlingen ein auch Jungweibchen Gelegenheit gegeben, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse einmal selbst zu prüfen. Schlußaufgaben werden dabei vermieden; es sollen vielmehr praktische Fälle aus dem Geschäftleben zur Lösung gestellt werden. Die Bearbeitung der Aufgaben erfolgt in Gruppen. 1. Lehrlinge im ersten und zweiten Lehrjahre; 2. Lehrlinge im dritten Lehrjahre und Jungweibchen bis zum Alter von 21 Jahren. Wertvolle Bücher- und Sonderpreise sind ausgesetzt und Spornen sicher auch zur eifrigen Mitarbeit an.

Der berufliche Wettkampf in der Jugendgruppe Magdeburg findet in der Hrn. Berufsschule, Grüne-Armst. 11, am 9. März statt. Es können daran auch Nichtmitglieder des Bundes teilnehmen; sie sind dazu eingeladen. Schreibpapier und Federhalter oder Tintenflask ist mitzubringen.

**Umland-Bund.** In den Allstädter-Bürgerhäusern hielt der Stadtvorordnete D. Birre einen Vortrag über „Affekuranz als Wirtschaftsrisikofaktor“. Aus seinen Ausführungen sei folgendes wiedergegeben. Schon im Altertum erkannten weltweisende Kaufleute die Notwendigkeit, durch Zusammenfluß veranlaßter Gewerbe sich gegen Verluste durch Feuer und Raub zu schützen. Man bildete Interessengruppen die sich gegenseitig anteilig die Verluste durch Raub und Feuer garantierten. Durch die zunehmende Industrialisierung bildeten sich große Privatgesellschaften, die gegen höhere oder niedrige Prämienhöhe (je nach Größe des Risikos) Versicherungen abschlossen. Auf Versicherungen gegen Feuer, Transport und Raub folgten Lebens-Unfall und Haftpflichtversicherungen. Um die eingegangenen Verpflichtungen nicht allein zu tragen, bildeten sich Rückversicherungsgesellschaften, die gegen entsprechende Prämienhöhe einen Teil des Risikos mitübernahmen. Vor dem Kriege war die Affekuranz einer der stärksten Wirtschaftsfaktoren. Die bedeutendsten deutschen Versicherungsgesellschaften hatten ein sehr großes Auslandsgeschäft. Zur Bildung einer aktiven Handelsbilanz trugen die eingehenden Prämien in Auslandsnachfrage sehr viel bei. Durch Krieg und Inflation wurden die ungewehrten Werte (Reserven) der großen deutschen Gesellschaften zum größten Teil vernichtet. Ausländische Gesellschaften, hauptsächlich englische kamen dadurch

viel in das deutsche Geschäft, da es den deutschen Gesellschaften durch die feineren bestehenden Bestimmungen nicht möglich war, wettbewerbsfähig zu werden. Nach Eintritt der Währungsreform der Mark eroberten sich die deutschen Gesellschaften infolge ihrer herorragenden Organisation langsam den Markt wieder zurück. Deutlich ist es, daß in der Nachkriegszeit eine teilweise Politisierung der Affekuranz stattfand. Hoffentlich gelingt es hier, Einheit zu bieten. Die allgemeine wirtschaftlich vorgezogene ausfallreichen Ausführungen des Redners fanden regen Beifall.

**Der Schrei aus der Straße,** von Ross Lauckner. Erläuterung für die „Junge Bühne“ am Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Wilhelm-Theater. Eintrittskarten bei der Volksbühne, Berliner Straße 19. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

**Wernigerode.** (Deftische Versammlung.) Am Montag, den 31. Januar, sprach vor überfülltem Saale in Rastens Hotel Landtagsabg. Oberdist.-Direktor Dr. Bohner über die augenblickliche politische Lage sowie über Steuerfragen. Redner führte u. a. aus, daß die Republik sich bereit gefestigt habe, daß sogar die Deutschnationalen festlich haben erklären müssen, die Republik zu schützen und das Werk von Locarno anzuerkennen. Man muß sich gegenwärtig, daß den deutschen nationalen Wählern stets die Parole gepoltert hat, daß die Deutschnationale Partei die Monarchie wieder aufrichten würde. Jetzt hat selbst das Potsdamer Offizier-Korps vier alte Generale bitten müssen, nicht zu Festlichkeiten zu kommen, weil diese es nicht lassen könnten, ein Hoch auf Wilhelm 2. auszubringen. Derartige Bespiele lassen sich leicht vermehren. Wenn aber jetzt die Deutschnationale Partei zusammengestellt mit dem Zentrum, dann ist große Gefahr im Verzuge. Man will die deutschen nationalen Wähler, wenigstens im evangelischen Norden, in dem Glauben lassen, als wenn damit die Macht des Zentrums gebrochen würde. Wenn man sich für Richterstimmung wundert, solle man auch da einmal mit Worten brechen. Gerade der Staat muß gereicht sein und darf nicht — wie früher im Kaiserreich — einseitig eine Konfession bevorzugen. Wenn man Reichstagsreden aus früheren Zeiten liest, erkennt man die Gefahren, die z. B. dem Schulwesen drohen. Der Junker und die Kirche haben kein Interesse an Schulwesen. Um die gerade von den Deutschnationalen heringeköhlten politischen Landarbeiter sind den deutschen Osten zum Verhängnis geworden. Man sieht sich die Schulverhältnisse im Osten an, die traurigsten im ganzen Reich. Dort kommen 80—100 Kinder auf einen Lehrer. Wozu auch Bildung? Die geheime Absicht d. e. j. neuen Koalition zwischen Zentrum und der Deutschnationalen Partei ist eben, die Macht an sich zu reißen, den Kampf gegen die Sozialpolitik gemeinsam zu führen. — Der Kreis Hindenburgs ist von großer Bedeutung, indem er von den jetzt an die Macht gelangten Parteien die schleunige Verabschiedung der sozialen Gesetzgebung und zwar im Sinne der Forderung der Arbeitnehmerschaft. Es ist ein Zeichen politischen Wohlwollens, daß der Präsident durch dieses Verlangen dokumentiert, was er die bisher eingeschlagene Richtung für notwendig hält. — Redner kommt dann auf die Steuerfragen zu sprechen. Zuerst aus erste rechte Kabinett Kuno, dessen Name vornehmlich die Partei der Deutschnationalen der gänzlichen Verarmung der Rentner; das zweite rechte Kabinett bleibt verbunden mit dem unerschütterlichen Steuerdruck, den je das deutsche Volk zu leiden müssen. Eine Besserung trat erst ein mit dem Kabinett Marx-Reichhold, dessen Grundgedanke war: Hart am Beschäftigten. Wenn jetzt besser geht, werden hoffentlich nicht die Deutschnationalen beschonigen wollen, daß es ihr Vorteil sei. Wir haben das schon öfter erleben müssen. — Bei Behandlung der Hauszinssteuer erklärte Redner, daß es sicher besser wäre, wenn es keine Zwangsmitgliedschaft für Wohnungen gäbe. Aber die Schwierigkeiten wären zu ungeheuer. Der Mieter sollte herzlich froh sein, wenn er nur 100% Friedensmiete bezahlen muß, denn kaum ein Artikel wäre für 100% Friedenspreis zu haben. Es ist irrig, wenn ein Mieter behauptet, daß er Hauszinssteuer bezahlen muß. Den Hausrentier müßte man sagen, daß es ein großes Unrecht wäre, volle Miete zu verlangen, solange sie nicht voll aufgemerkt hätte. Der Wegfall der Gewerbesteuer käme erst dann in Frage, wenn für den Ausfall Erfolg da wäre. Der Redner legte diese Steuer sehr ausführlich auseinander, es steht hier zu weit, alles wiedergeben zu wollen. Es sollte niemand Kritik üben, es er nicht sagen könne, was es besser zu machen wäre. Schließlich sitzen in den Parlamenten so auch Leute mit Verstand und Verantwortungsgesinnung. Dr. Bohner tritt dann bei Behandlung des Themas „Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden“ mit voller Energie für die Ausschaltung der Länder ein. Ein deutsches Reich müßten wir als Zentralgemalt selbstverständlich haben; aber die Länder könnten weglassen, sie verlieren nur ganz ungewehr die Verwaltungskosten und ersparen den Apparat. Deutschland wäre somit schon ein ganz besonders schwieriger politischer Apparat. Das beste wäre zweifellos der Anschluß Österreichs, der dann endlich die Frage der Vereinheitlichung in Fluß bringen würde. Die Ausführungen fanden stürmischen Beifall.

**Cöthen i. Anhalt.** (Demokratischer Klub.) In der letzten Sitzung sprach Rektor Green über Bodenreform. Der Vortragende führte u. a. aus: Was durch eine Wertunauchschaffung gewonnen wird, kommt in jedem Falle stets der Allgemeinheit zu Gute. Der Ertrag einer solchen Steuer könnte demnach nutzbar gemacht werden, indem dadurch andere Steuern, die den gewerblichen Mittelstand und die gleichen Kreise des Handels treffen, eine Ermäßigung erfahren könnten. Die Ausführungen des Redners riefen eine lebhafteste Debatte hervor, in der so ziemlich alle Steuerarten durchgenommen wurden. Rektor Green legte besonderes Gewicht darauf, daß sich andere Vertreter in den Parlamenten in Sinn und Kommen mit den von ihm angesprochenen Steuerfragen beschäftigen mögen. Der Landespartei tag findet am Sonntag, den 6. März d. J. in Cöthen statt.

weiblichen zum Teil ganz erheblich älterwog. Nach dem Kriege ist in allen Ländern, mit Ausnahme Anhalts, eine starke Verschlechterung der Heiratsaussichten der ledigen Frauen zu verzeichnen. Ganz besonders stark liegt die Gegenläge in Baden. Hier konnte 1910 jeder 50. Mann seine Frau bekommen, im Jahre 1925 dagegen jede 4. Frau keinen Mann. Eine tatsächliche Besserung gegen 1910 ist in Anhalt zu verzeichnen, offenbar infolge der durch die industrielle Entwicklung bedingten Zuwanderungen. Noch augenfälliger werden die schlechten Heiratsaussichten gegenüber der Vorlesung, wenn man die Gesamtzahl der Heiratspartner in solche jüngeren, mittleren und vorgeschrittenen Alters gliedert. Die Heiratsaussichten der jüngeren Frau, also der Frau bis zum Alter von 29 Jahren, sind zwar im allgemeinen etwas schlechter als vor dem Kriege, aber doch nach wie vor ziemlich günstig. Besonders ungünstig sind sie bei den Frauen mittleren Alters (29 bis 37 Jahre), denen die durch den Krieg hauptsächlich begünstigten Altersklassen der Männer von 25 bis 40 Jahren gegenüberstehen. Während z. B. 1910 in Samsburg etwa auf jeden 4. Mann in diesem Alter eine Frau oder in Bapert auf jede 57. Frau kein Mann traf, ist heute in den mittleren Altersklassen etwa jede 3. bis 4. Frau von vornherein zum Verzicht auf die Ehe geurteilt. Die an sich schon ungünstigen Heiratsaussichten der 37 bis 46jährigen Frauen haben ebenfalls eine weitere Verschlechterung erfahren.

### Soziologie der Frauenbewegung.

Die Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit tritt mit den beiden ersten Hefen einer Schriftenreihe, Verlag J. H. Herbig-Berlin, hervor, die Zeugnis ablegen sollen „von den besonderen geistigen Werten, die von Frauen erhalten werden können.“ Die erste Schrift ist eine Darstellung von Gertrud Bäumer, „Die Frau in der Krise der Kultur“. Diese Schrift zeigt die tiefen Lage der Frau in der jeweiligen Frage und im Berufsproblem. Als zweites Heft dieser Schriftenreihe ist von Fride Lion eine Darstellung zur Soziologie der Frauenbewegung erschienen, in der die sozialistische und sozialistische Frauenbewegung geschildert wird. Das Ziel dieser Darstellung ist es, die Ideologie und Erscheinungsform der Kampfbewegungen und der konfessionellen Frauenbewegung in Deutschland darzustellen.

# Bezirk Halle.

## Die hochschulpolitische Lage

### unter Berücksichtigung der hallischen Verhältnisse.

Die Entwicklung des Konflikts zwischen den preussischen Hochschulen und dem Kultusminister Dr. Beder hat jetzt zweifellos einen Punkt erreicht, an dem von einem Versöhnungstypus nicht mehr gesprochen werden kann. Der Streit ging bisher um die Durchsetzung oder genauer Beobachtung völkischer Prinzipien, wie sie vom Hochschulrat deutscher Art vertreten werden, der seinerseits wieder die deutsche Studentenschaft im Sinne dieser Prinzipien bestimmt, da seine Anhänger an den Einzelstudentenschaften in den meisten Fällen in der Mehrheit sind. Zu lösen waren zwei Probleme: das der Zugehörigkeit der Auslandsdeutschen zur Einzelstudentenschaft und das Koalitionsproblem.

Die Mehrheit der Einzelstudentenschaften machen nämlich die Mitgliedschaft Auslandsdeutscher von der deutschen Abkunft und Muttersprache abhängig oder verleihen die Mitgliedschaft durch ihren Vorstand. Der Kultusminister forderte nur mit Hinweis auf einen Beschluß des preussischen Landtages die Abänderung der Satzungen der Einzelstudentenschaften dahingehend, daß fortan der Artikel über die Zugehörigkeit der Auslandsdeutschen zur Einzelstudentenschaft zu entscheiden hätte. Im Laufe der am 29. und 30. Januar in Magdeburg stattgefundenen Besprechungen zwischen den preussischen Hochschulen und einigen Rektoren hat sich nun ergeben, daß die Studentenschaften in dieser Frage ohne großes Widerstreben nachgeben und mit einer Mitwirkung des Rektors durchaus einverstanden sind. In der hallischen Universität wurde diese Frage überhaupt nicht auf, da § 1 der Satzung der hallischen Studentenschaft die Fassung der „Wölkinger Notverordnung“ hat, also keinerlei völkische Tendenzen zeigt.

Wichtiger ist die Koalitionsfrage, die sich von vornherein zunächst auf die Zugehörigkeit der österreichischen Studentenschaften zur deutschen Studentenschaft. In der für das preussische Studentenrecht maßgebenden Ministerialverordnung vom 18. September 1920 wurden die Einzelstudentenschaften als Glieder des Selbstverwaltungskörpers „Universität“ anerkannt und erhielten das Recht, von ihren Mitgliedern Beiträge abzuführen. Sie erhielten ferner das Recht, sich mit „entsprechenden“ Organisationen zu koalieren. Die Auslegung des Wortes „entsprechend“ ist nun kritisch. Der Kultusminister erkennt die österreichischen Studentenschaften, die anti-fölkisch orientiert sind, nicht als „entsprechende Organisationen“ an; er fordert Abänderung der prinzipiellen Einstellung der österreichischen Studentenschaften oder will andernfalls die Ministerialverordnung ändern, daß ihr nichtvölkischer Geist auch im Buchstaben zum Ausdruck kommt. Die Bewürdigung dieser in dem erwähnten Briefe des Kultusministers anbezeichneten Möglichkeit würde, da die Oesterreicher sich nicht ohne weiteres unterwerfen werden, das Band zwischen den deutschen und den österreichischen Studentenschaften zerschneiden — eine Konsequenz, die auch alle diejenigen Studenten außerordentlich bedauern müssen, die auf dem Boden des angeführten Landtagsbeschlusses stehen. Andererseits bedeutet, wie der Kultusminister sehr richtig betont, die Koalition der deutschen Studentenschaften mit „arischen“ Sondergruppen auslandsdeutscher Hochschulen... nicht eine Förderung, sondern geradezu eine Gefährdung des großdeutschen Gedankens.“ Diese Gefährdung können nur republikanischen Studenten um so weniger dulden, als den österreichischen Studentenschaften das Staatsbürgerrecht fehlt; als es ihnen also unmöglich ist, die gleichen materiellen Mittel einzubringen wie die deutschen Studentenschaften; als sie ja Stimmrecht haben und damit in der Lage sind, den Kurs der deutschen Studentenschaft zu beeinflussen und indirekt über die deutschen Staatsaufgaben in einem Sinne zu disponieren, der dem Geiste der Ministerialverordnung, der Weimarer Verfassung und der Republik zuwiderläuft. Sofern man sich überhaupt für studentische Selbstverwaltung einsetzt, die über den Rahmen der tatsächlichen Sacharbeit hinausgeht, wenn man also nicht ihre Missachtung für das Beste und Einfachste hält, bleibt nur der Ausweg, daß die deutsche Studentenschaft die österreichischen Studentenschaften zum Verlassen ihrer starken völkischen Grundfälle bewegt, wobei sie sich nicht scheuen dürfte, mit ihrer härteren finanziellen Stellung einen leichten Druck auszuüben.

In der 3. der am 30. Januar in Magdeburg gefassten Entschlüsse erklärt zwar die Mehrheit eine Eingangsfrage auf die Oesterreicher rechtlich und tatsächl. (?) für nicht möglich, spricht aber in der 4. Entscheidung ihre Geneigtheit aus, mit dem Minister über die von diesem geplanten Erneuerung zu verhandeln.

Die Kammer der hallischen Studentenschaft, die den Bericht ihrer Vertreter in Magdeburg am vergangenen Freitag empfangen hat, hielt sich von jeder — allerdings in Erwägung der realen Machtverhältnisse auch zurecht — Opposition fern und richtete im Verein mit einigen anderen preussischen Universitäten an den Kultusminister ein Schreiben, das neben tatsächlichen Feststellungen Bereitwilligkeit erklärt, Kompromisse einzugehen. Die Vertreter der Mehrheit, die erwarten, daß der Kultusminister als Vertreter der Staatsautorität — gestützt auf die Staatsgewalt — das tun wird, was aus Studenten und im weiteren Rahmen dem Ansehen Oesterreichs an Deutschland nützlich und förderlich ist, hatten keine Bedenken, anders zu votieren und stimmten der Abänderung des Briefes zu. Die augenblickliche formal-taktische Situation sieht demnach alle Kommervertreter der hallischen Studentenschaft in einer Fronte.

Man darf hoffen, daß die Verhandlungen zwischen dem Kultusminister und den Studentenschaften, nachdem die völkisch getönte Mehrheit — sehr im Gegensatz zu ihrem anfänglichen Auftreten — so große Nachgiebigkeit

bewiesen hat, zu einem Ende kommen, das alle freirechtlichen und im besonderen alle republikanischen Studenten begrüßen.

Otto Runge,

Vors. d. hallischen Ortsvereins republikanischer Studenten.

Halle. Der Reichstag der Deutschen Demokratischen Partei hielt am 9. Februar im Nikolaus-Saal seine diesjährige Hauptversammlung ab, die der Vorsitzende Herr Müller leitete. Aus dem von Geschäftsführer Dornblith erstatteten Jahresbericht ging eine rege Tätigkeit des Vereins auf dem politischen und kommunalpolitischen Gebiet hervor. Zu allen wichtigen Fragen nahm man Stellung und belegte diese öffentlich durch Entschlüsse. Herr Schmeißer Schwanitz gab den Jahresbericht. Mit dem Dank der Versammlung wurde auch die von den Revisoren beantragte Entlassung ausgesprochen. Bei der Wahl des Vorstandes erfolgte auf Antrag aus der Versammlung die Wiederwahl durch Jurist. Dem geschäftsführenden Vorstand gehören an die Herren Müller, Hoe, Schwarz, Grünfeld, Renker, Pflügel, Hobe und Katus und die Damen Oberlich, Wöhe und Wolff. Dazu tritt als Ehrenvorsitzende Frau Margarete Wolff. Als Abgeordneter gehört dem geschäftsführenden Vorstandes ferner Minister Dr. Schmeißer an. Die vorgelegten neuen Satzungen wurden mit seiner Abänderung genehmigt. Für den demnächst stattfindenden Parteitag erfolgte die Wahl der Delegierten. Hierfür nahm Herr Müller das Wort zu seinem Vortrage über die politische Lage. Er verortete sich zunächst in interessanten Darlegungen über Wege und Ziele der Außenpolitik. Das Erwachen der fremden Mächte, der Kampf um ihr Selbstbestimmungsrecht und ihre wirtschaftlichen Interessen haben die Außenpolitik an einen Wendepunkt gebracht. Für uns bleibe zwangsläufig als vorerst zu erzielendes Ziel die Bereinigung des Verhältnisses zwischen Frankreich und uns. Diesen von der demokratischen Partei seit Jahren vertretenen Gedanken, propagierte in neuester Zeit besonders stark auch der Jungdeutsche Orden. Als Nachziel gelte dabei für uns die restliche Räumung des Rheinlandes und als etwas weitergehendes die Schaffung Großdeutschlands. Zur Innenpolitik übergehend betonte der Vortragende, daß angesichts des politisch sehr geläuterten Sachverstandes des Zentrums es eine Hauptaufgabe der demokratischen Partei sein müsse, ihren sozialen Charakter eindeutig hervorzuheben. Sie wird sich ferner bei der kulturpolitischen Einstellung des Zentrums als Bannerträger einer freien geistigen Betätigung zu fühlen haben und besonders als Wächter des Einheitsgebietens zu allen föderalistischen Tendenzen in scharfer Opposition treten müssen. Die Führerpersönlichkeit Kochs und die bisherige Haltung der demokratischen Fraktion werden beide Zukunftsaussichten. Dem Vortrage folgte lebhafte Befall und eine Ansprache. Die angesetzte kommunalpolitische Besprechung wurde für die nächste Versammlung zurückgestellt.

Halle. In der Frauengruppe der D. D. R. sprach Frau Dr. Corté Berlin von einem überaus schmerzlichen Besuch über „Aufgaben der Sozialpolitik“. Die Rednerin ging hierbei die demnächst zu erwartenden Gesetzesvorlagen über Arbeitsrecht, über Kassierung des Wohnungsbauvertrages, über internationalen Regelung der Arbeitszeit und über die Vorgelege zur Arbeitslosenversicherung in den Kreis ihrer Betrachtungen. Besondere Erwähnung fand auch die Vorlage auf Erweiterung des Mutterurlaubes. Auch der Gesetzesentwurf über den Schutz der Jugendlichen bei Unfallschicksalen und die Stellung der demokratischen Partei, die mit ihren Bedenken gegen die bei der Durchführung drohenden politischen Bestimmungen nicht zurückgehalten hat, fanden treffende Beleuchtung. Frau Dr. Corté wußte dabei ihre Zuhörer nicht nur durch ihre eingehenden Kenntnisse auf dem weitverzweigten sozialpolitischen Gebiet zu fesseln, sie verstand es vielmehr auch, ihren Ausführungen über die Notwendigkeit tatsächlicher Fürsorge und sozialen Verständnis eine so warmherzige Empfindung zu verleihen, daß sie hierdurch die Bewertung der Mitarbeit der Frau auf eine besondere Höhe hob. Auch die Wiedergabe ihrer Erfahrungen als Mitglied der J. I. m. p. r. u. g. s. t. l. e. boten viel Interessantes und Belehrendes. Dem Vortrag folgte eine lebhafteste und sehr anregende Aussprache, bei der Frau Dr. Corté in bereitwilligster Weise eine ganze Reihe an sie gestellte Fragen beantwortete. Die stellvertretende Vorsitzende Frau Wischhoff sprach als Leiterin der Versammlung der Vortragenden herzlichsten Dank aus.

Halle. Deutsch-Demokratische Frauengruppe. Am Donnerstag, den 24. Februar, findet im Rest. „Nikolaus“ ein Vortrag von Frau Elsa Haase statt über: „Pestalozzi, sein Leben und Wirken.“ Beginn abends 8 1/2 Uhr. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. Gäste freundlich willkommen.

Halle. Die Jahresversammlung der Jungdemokraten Halle a. S. vom 16. 2. 27 nahm den Geschäftsbericht des Vorsitzenden Klemich und den Jahresbericht des Kassierers Wenzlau mit einstimmiger Zustimmung entgegen. In 16 Versammlungen des Jahres 1926 wurden politische, wirtschaftliche und literarische Vorträge gehalten. Bei verschiedenen politischen Gelegenheiten traten die Jungdemokraten an die Öffentlichkeit. Die Finanzen sind als verhältnismäßig günstig zu bezeichnen. Versammlungen finden künftig am 1. und 3. Mittwoch im Monat statt. Zum Rechnungsabgleich (Dienstag) führt eine starke Zibordnung nach Hebelberg — Trotz einstimmigen Vortrages lehnte der bisherige Vorsitzende, dem für seine Tätigkeit Dank und Anerkennung aller Mitglieder ausgesprochen wurde, infolge Ueberlastung die Wiederwahl ab. Der neue 1. Vorsitzende soll in der nächsten Zusammenkunft am 2. 3. 27 gewählt werden. Inzugleich wird die 2. Vorsitzende, Frau Müller, und der bisherige neugewählte Vorstand, der aus den Herren Halberstadt, Dornblith, Blick, Haase und den Herren Wenzlau und Simonhoff besteht, die Ge-

schäfte führen. Der bisherige Vorsitzende schloß unter Fall mit Dank an alle Mitglieder für das geleistete und sprach die Hoffnung aus, daß die Jungdemokraten Halle a. S. erstarken und gedeihen mögen zum Besten Demokratie und Republik.

Reichenfels. In der am Montag, den 7. d. M., gehaltenen Jahresversammlung erklärte der Vorsitzende den Jahresbericht, welcher ein Bild gab den umfangreichen Arbeiten, die im verflochtenen Jahr der Ortsgruppe geleistet worden sind. Er schloß mit Wunsch, daß im neuen Vereinsjahr die Mitglieder weiterhin treu zur Partei stehen und beitragen mögen dem demokratischen Gedanken weiter zu festigen und i. Freunde zu werben. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den Kassier, welchem auf Vorschlag der Revisoren Entlassung erteilt wurde, fand die Vorstandswahl statt. Da der 1. Vorsitzende, Herr Rechtsammler Sprengel, welcher das Amt seit 20 Jahren bekleidete, dringend bitten hatte, von einer Wiederwahl abzusehen, wurde dessen zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Die Vorstandswahl ergab dann folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender Lehrer Ernst Schneider, 2. Vorsitzender Kaufm. Rich Wagner, 1. Schriftführer Buchdruckereibesitzer Heim Schmidt, 2. Schriftführer Katasterdirektor Rieck und 5. Schriftführer Fabrikbesitzer Arno Sonntag. Hieran folgte eine rege Aussprache über interne Vereinsangelegenheiten und über städtische Fragen.

Herzberg. Die im Cafe Naad abgehaltene Versammlung des deutsch-demokratischen Vereins von Damen und Herren verhältnismäßig gut besucht. Der geschäftsführende Vorstand erstattete einen recht interessanten Bericht über die Reichsmittelstandsung in Berlin, aus dem zu entnehmen war, wie die Wirtschaftskraft auf welche der gewerbliche Mittelstand so große Hoffnungen gesetzt habe, schließlich verlagert hat. In, es wurde festgestellt und nachgewiesen, daß die Wirtschaftspartei ihrer politischen Untreue gerade zum Schaden des Handwerks und gewerblichen Mittelstandes in steuerlicher Hinsicht gestimmt habe. Nur in Gemeinschaft mit allen Volksschichten, im Rahmen einer politischen Partei und im geselligen Verkehr könne nicht nur dem Beamten, sondern auch dem im freien Berufe stehenden Volksgenossen geholfen werden. Es ist eine Utopie, zu glauben, daß die Partei einer bestimmten Berufsgruppe (wie die Wirtschaftspartei) jemals Erfolge haben könne. Deshalb war gemacht, von jeglicher Kampfbildung abzusehen, die mehr geschloß, daß sich in Anbetracht der gemeinsamen Ziele Beamte und Handwerker, Angestellte, Gewerbetreibende und Arbeiter gegenseitig die Hände reichen. In Regierungsbildung wurde der Beschluß der Parteimitglieder in die Opposition zu gehen, gebilligt. Zu einer Regierung, in der Parteimitglieder der Deutschen Nationalen, die noch vor einigen Monaten duldeten und beschämten, und die heute auf diese Farben und die Verfassung der demokratischen Republik den Eid leisten, Einnahme mehr Vertrauen haben. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde auch das große Volksfreunde Pestlozi gedacht. Nach Beendigung des geschäftlichen Teiles des Abends blieb man noch in recht gemüthlicher Weise beisammen.

## D. D. R. Kreisverein Bitterfeld.

Sonntag, den 20. Februar 1927, vorm. 10 1/2 Uhr

im „Eichamt“ zu Bitterfeld

Kreisparteitag.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein: Der Vorstand

Mantrahner in den nächsten Kreisparteitagen.

Postamtstag

Ich bestelle hiermit  
 Exemplare  
 „Mitteldeutsche Rundschau“  
 für den  
 Monat  
 und bitte den Preisers auslich der  
 stellungs-Gehalt durch den Kreisleiter bei  
 mir erlassen zu lassen.  
 Name:  
 Wohnort:  
 Straße:

Bestellchem.



# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Kummer 8

(Halle S.), 19. Februar 1927

3. Jahrgang

## Ab- und Aufrüstung.

**Coolidge Vorstoß — Genf und Washington — Ein unlösbares Problem — Frankreichs Ablehnung — Unterseeboote und Schlachtschiffe — Sonderkonferenz England, Amerika und Japan? — Ablehnung Frankreichs — Schlechte Aussichten für die Genfer Abrüstung — Amerikanische Drohungen — Die Rede Vanderveldes — Gefahrenmomente in China — Rußlands Hand im Spiel — Moskau und London — Veränderliche englische Stellung zu Polen — Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen — Das Provisorium mit Frankreich — Der amerikanische Antidumpingzoll — Marx und Keudell — Der Reichsfinanzausgleich — Etatsdebatte.**

Der Vorstoß des Präsidenten Coolidge konnte nur wegen der Wahl des Zeitpunktes übersehen. An sich war er zu erwarten, da seine Voraussetzungen als gegeben erscheinen mußten. Die Vereinigten Staaten haben auf eine eigene Abrüstungskonferenz verzichtet, um nicht mit dem Völkerbunde in Wettbewerb zu treten, aber schon damals erlief Zweifel darüber geäußert, ob man in Genf das Problem meistern würde. Diese Ungläubigkeit erliefen jedem Kenner der Verhältnisse durchaus berechtigt, sie ist jedoch durch den Gang der Ereignisse mehr als begründet worden. Was sich in Genf vor ungefähr 10 Monaten abgespielt hat, war geradezu eine Verhöhnung menschlichen Friedenswillens. Mit Hilfe seiner Hofallianzen gelang es Frankreich, fast sämtliche Wünsche durchzusetzen und das bedeutet nichts anderes als eine restlose Sabotage. Deutschland, vertreten durch den Grafen Bismarck und Oberst von Sillpappel, blieb mit England und den Vereinigten Staaten dauernd in der Minderheit. Die beiden angelsächsischen Nationen sind sehr großzügig, wohl, und das soll man offen ausprechen, sie selbst von einer Abrüstung zu Lande wenig betroffen werden. Wir können dieses kritische Spiel aus dem Gange der Friedenskonferenzen zu Beginn des Jahrhunderts, wo man von einer besserer Weltbürgergenossenschaft sprach, als sich um die Armee handelte und jetzt schärfsten Widerstand leistete, wenn die Seerüstungen in Frage standen. Dieser Unterschied ist nicht hoch zu achten.

Voraus es Frankreich antam, war, seine eigenen Interessen durchzusetzen, wozu nicht nur die Zahl der Bevölkerung, sondern auch die industriellen und geographischen sowie finanziellen Möglichkeiten in Rechnung gestellt werden sollten. Die Gründe dieses Verhältnisses liegen klar zutage. Mit seinen 40 Millionen hat Frankreich nur dann eine Militärmasse ersten Ranges bleiben, wenn man es als bedroht ansieht und ihm deshalb einen weiteren Spielraum gestattet, als ihm nach der Bevölkerungszahl zukäme. Die Seerüstungen auf Genf sind jetzt völlig geschwunden und man wird der neuen Konferenz, die sich unmittelbar an die Tagung des Völkerbundes anschließt, nur als ein Zuschauer amsehen, das für die Entwicklung selbst unwesentlich ist.

In diesem Augenblick kam der Präsident der Vereinigten Staaten mit seinem Vorschlag heraus, eine neue Konferenz der 5 Seemächte nach Washington einzuberufen, um die Fragen der Seerüstung gemeinsam zu besprechen. Infrage liegen soll das schon einmal in früheren Debatten erwähnte Verhältnis von 5 zu 5 zu 3. Für Frankreich und Italien ist das zweifellos ungünstig, weil nur die Schiffseinheiten gezählt, nicht aber ihre Tonnenverdrängung und ihre Bewaffnung berechnet werden sollen. Da sich Frankreich auf Grund der deutschen Kriegserfahrungen sehr stark auf Unterseeboote gelegt hat, kommt es dadurch ins Hintertreffen. Die angelsächsischen Mächte aber wollen gerade das. Sie sind schon infolge ihrer Lage gewannen, Großkampfschiffe zu bauen und wollen deshalb diese als Norm angesehen wissen.

Die Folge war klar, Frankreich lehnte sofort ab. Nach der deutschen Abrüstung kommt für eine wirkliche trilateralische Auseinandersetzung England in erster Linie in Frage. Darauf hat man sich in Paris eingerichtet, und sowohl Unterseeboote wie Flugzeuge gebaut. Eine Latzki, die nur dem Sinn hat, wenn man den schmalen Kanal als Kriegsschauplatz betrachtet. Auch die Gite, mit der Herr Briand sein Nein ausgesprochen hat, ist begründlich. Er mußte den anderen zuvorkommen, die man schwerer aufzukommen können. Fäkte er geäußert, bis London und Tokio offiziell die Einladung angenommen hätten, so wäre die Ablehnung noch ärgerlicher gewesen. Es mag richtig sein, daß Coolidge bei seinem Vorgehen auch an die tonnennden Wahlen gedacht hat, wie es ihm keine demokratischen Gegner vorwerfen, nur ist das gerade ein Beweis dafür, daß die Amerikaner der Abrüstung außerordentliches Interesse entgegenbringen. Somit hätte ein Wahlsieger haben Revolverblätter schon einiges gesagt, was voraussichtlich zutreffen wird. Der Präsident wird wohl zuerst den Versuch machen, eine Unterhandlung der drei Mächte, Amerika, England und Japan, vielleicht sogar unter Einschluß Italiens herbeizuführen, in der Erwartung, schließlich Frankreich doch noch zur Aufgabe seines Widerstandes zu überreden. Sollte ihm das gelingen,

so ist damit noch sehr wenig gewonnen, denn beide lateinischen Nationen, auch Italien, werden dort das Recht zu vertreten, um mit ihren Anschauungen nicht in das Hintertreffen zu geraten. Ein Mißlingen aber hat zwei Folgen. Einmal wird sich der finanzielle Druck auf Paris verstärken, und man soll ihn bei den ungeheuren Nachschubmitteln der neuen Welt nicht gering einschätzen, er kann selbst den Frankreichs, damit das Ende der Poincaré'schen Herrschaft, bedeuten, dann aber wird die Vorlage über den Bau neuer Kriegsschiffe, der dem Parlament bereits zugegangen ist, bestimmt unangenehm. Statt der Abrüstung haben wir also eine Aufrüstung.

Genau daselbe gilt von Genf, wo das Endergebnis nicht die Abrüstung, sondern mindestens die Wahrung des jetzigen Standes sein wird, wahrscheinlich aber ein neues Wettstreiten. Der belgische Außenminister Vandervelde, einer der bestmöglichen Sozialisten der Welt, hat erst jetzt über dieses Problem gesprochen. Was er dabei gegen Deutschland gesagt hat, kann in diesem Zusammenhang unerwähnt bleiben. Vielmehr interessiert, daß er zugesagt hat, Deutschland könne die Abrüstung der anderen verlangen, nachdem es selbst durch die Erklärung der Rotflottenkonferenz als abgerüstet bezeichnet worden ist, und daß sogar der ganze Völkerbundesvertrag unzulässig wird, wenn diese berechtigte Forderung nicht erfüllt wird. Trotzdem ließ er auch die andere Möglichkeit zu, daß Deutschland wieder eine zur Verteidigung ausreichende Zahl von Truppen schaffen könnte, wenn nämlich man sich nicht über die Abrüstung einigt. Das klingt pessimistisch genug und läßt den Rückschluss zu, daß selbst Vandervelde in tiefstem Herzen auch an neue Kriege glaubt.

Die Gefahr ist freilich nicht gering. Sobald man auf China sieht, kann man sich einiger Befürchtungen nicht enthalten. Wir haben an dieser Stelle schon vor Wochen darauf hingewiesen, daß hier eine gewaltige Bedrohung entsteht. Die Londoner Politik war nicht glücklich. Sie schwankte zwischen Ja und Nein hin und her. Man wollte zwar an das neu erwachte Nationalbewußtsein der Chinesen Zugeländnisse machen, sie sich aber nicht abtrotzen lassen. So handelte man zunächst Truppen und Kriegsschiffe, die nicht gerade beruhigend wirken. Dabei ging Chamberlain noch persönlich den Fehler, eine Einladung über Hankau als Tatsache dem Parlament mitzuteilen, während die in Wirklichkeit nicht erfolgte. Das Er-

Das Wichtigste dabei ist das Verhältnis zwischen Moskau und London, die ja in einem sich dauernd verändernden Gegensatz zueinander geraten sind. Dieser Gegensatz, der durch Jahrhunderte bestand hat und nur mit der Aussicht auf Deutschland für andurch Jahrhunderte überwunden werden konnte, wird seine Auswirkungen auf den europäischen Kontinent zweifellos eines Tages ausüben. Wir spüren ihn schon jetzt. Ursprünglich hat England dem neu erstifteten Polen eine ungeschminkte Ablehnung entgegengebracht, und es waren Londoner Blätter, die ganz offen erklärten, Deutschland solle sich über seinen jüdischen Nachbar nicht downtrüben, er werde eines Tages doch wieder verschwinden. Das hat sich gründlich geändert. Zunächst haben die Engländer sich der baltischen Staaten etwas unangenehm, und wie man mit Sicherheit sagen darf, das notwendige Geld für Befestigungen und Rüstungen gegeben. Deshalb auch die unfreundliche Haltung gegen Litauen, als dieses immer dichtere Fäden nach Moskau spannte. Man war in Berlin schon vor einigen Monaten überzeugt, daß ein Verzicht auf den östlichen Preußen, wozu Polen sich Litauens bemühen wollte, um dafür Danzig und den Korridor an Deutschland abzugeben, nicht Warshawer, sondern Londoner Gadrift war. Zum mindesten müssen wir mit dieser neuen Einstellung rechnen. England betreibt wieder seine alte Einkreisungspolitik, und zwar diesmal gegen die Sowjets. Es sieht Deutschland dabei als eine Figur auf seinem Schachbrett an und wird uns nur danach bewerten, ob wir gewillt sind, Ost- oder Westorientierung zu wählen. Schon beim Abschluß des Berliner Vertrages war Tischfischerin haben wir erste Bedenken geäußert, ob die Luther-Strejemann'sche Auffassung richtig war, daß wir um diese Option herumkommen würden. Wir sind heute erst recht davon überzeugt, daß wir uns eines Tages in einer Zwidmühle befinden werden.

Genau daselbe gilt für uns das Verhältnis zu Polen von großem Interesse. Die polnische Politik ist gewaltig, und sie hat die Verhältnisse in der Ostsee so sehr verändert, daß man sich über die Lage der Ostsee nicht ohne Bedenken äußern kann. Die Verhältnisse in der Ostsee sind heute erst recht davon überzeugt, daß wir uns eines Tages in einer Zwidmühle befinden werden.

In der inneren Politik stehen jetzt die Finanzfragen im Vordergrund, nachdem die Angelegenheit von Keudell mehr scheidet als recht erledigt worden ist und der Reichszentraler Marx gezeigt hat, daß man sich nicht einmal auf seine Rechtsauffassungen verlassen kann. Seine Rede hat in dieser Beziehung selbst einen erheblichen Teil seiner Parolstreue enttäuscht. Mit der Etatsrede des neuen Finanzministers Koerber beginnt der Kampf um den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern. Bayern erhebt bereits Widerspruch gegen die Absichten, die Koerber unter Aufnahme reichshöflicher Pläne durchzuführen will. Ob das Kabinett dadurch gefährdet wird, läßt sich heute noch nicht sagen, aber angesichts der ganzen Wirtschaftslage kann es hier zu einer inneren schließlichen Krise kommen, deren Lösung noch in weiter Ferne liegt.

Richard Marx.

**Nichts kommt von selbst,**  
auch die Verbreitung unserer  
**Wochenschrift**  
muß erarbeitet werden.  
Werbet bei allen Gelegenheiten Leset!  
Probefläche durch den Verlag  
Magdeburg, Breiterweg 139/140

gebnis scheint eine Annäherung von Nord- und Südhina und zwar unter japanischer Vermittlung. Auf die Dauer ist damit das Reich der Mitte für die Europäer verloren, denn diese Vorgänge werden niemals vergessen. Und wenn selbst das Gedächtnis der Götter des Himmels nachlassen sollte, werden die Russen schon für die Aufrüstung sorgen. Ihre Tätigkeit entzieht sich im allgemeinen der öffentlichen Kenntnis, muß aber als außerordentlich richtig angenommen werden. Ueberhaupt wird man die Bewegung in Asien nicht als eine ausschließlich nationalökonomische, sondern hart mit Bolschewismus durchsetzte, anzusehen haben. Das hier früher oder später ein bestimmter Konflikt entsteht, kann man betriebe als sicher bezeichnen.



ein Preis  
wenn ein  
oder zwei  
wird sich  
der Zustand  
den Rechte  
können für  
ein einbein  
meisten an  
haben, erst  
rden. Maß  
mer wieder  
des jezigen  
Urtage der  
Kinnahme  
aber auch  
der Dier

Formen aus  
schiff" ge  
Pflanzlich  
Vertrauen  
er arbeiten  
fingende in  
angewandte  
r. Mar

gebiete ein  
litische Ma  
Glas und  
sagen die

infolge und  
erfollos.

Verlag  
Dritte

97.

Wohnort:  
Baujahr:

rsäle  
er 6774.  
beude

mer  
rant

en!

in  
in